

# 1 Die politische Tragweite der Feindschaft

Die Wirklichkeit innerer Feindschaft kommt dann zum Ausdruck, wenn irreguläre Partisanenverbände den Staat gewaltsam herausfordern, um eine eigene politische Ordnung zu etablieren. So lässt sich auch der fast vier Jahrzehnte dauernde Bürgerkrieg in Guatemala als eine bewaffnete Konfrontation beschreiben, in der staatsferne Gewaltakteure versuchten, ihr eigenes Konzept einer neuen Gesellschaftsordnung an die Stelle der bestehenden Herrschaftsstrukturen zu stellen. Die Feindschaft zwischen Guerilla und Staat trat somit in einer kriegerischen Auseinandersetzung zu Tage, deren politischer Charakter primär in zwei Aspekten deutlich wird: zum einen im bewaffneten Versuch revolutionärer Umwälzung der bestehenden Ordnung, zum anderen in der Bekämpfung dieser Absicht für den Erhalt des soziopolitischen *status quo*.

Wenn das Moment der inneren Feindschaft in unterschiedlich gelagerten politischen Motivationen zum Ausdruck kam, so waren damit ebenso verschiedene Auffassungen des Krieges verbunden: Im Zentrum der revolutionären Feindschaftskonzeption der Guerilla stand eine *existenzielle Auffassung* der kriegerischen Konfrontation, derzufolge die Gewaltanwendung konstitutiv für die Verwirklichung des durch die Revolution hervorzubringenden politischen Körpers selbst war. Demgegenüber war das Konzept des inneren Feindes, wie es von Seiten der Militärregime ab den 1960er-Jahren formuliert wurde, insofern unmittelbar an eine *instrumentelle Zweckmäßigkeit* der Kriegshandlung gebunden, als mit dem Einsatz von Gewalt der Bestand der politischen Ordnungsstrukturen garantiert werden sollte.

Beide Konzeptionen hatten bedeutende Konsequenzen für den innergesellschaftlichen Kontext, da sie sukzessiv über die politische Sphäre hinaus in den zivilen Raum hineinwirkten, wo der innere Feind zu einem besonders radikalen Kampfbegriff wurde. Dabei scheint gerade die bewaffnete Kollision der Vertreter beider Sichtweisen prägend für Beginn und Verlauf des Bürgerkrieges zu sein: In ihr konstituiert sich nicht nur der Ausgangspunkt der politischen Gewalt, sondern auch die Trennlinie zwischen *begrenzter* und *absoluter Feindschaft*.

In diesem Kapitel werden zunächst generelle Überlegungen zu den unterschiedlichen Auffassungen des Krieges und ihrer Wirkung auf das Moment der Feindschaft angestellt. Im Zentrum der Diskussion steht dabei die Fragestellung, inwiefern durch die Betrachtung der jeweiligen Auffassungen des Krieges spezifische Ausprägungen von Feindschaft abgrenzbar werden. Auf dieser Grundlage wird insbesondere unter Rückgriff auf die theoretischen Reflexionen Carl Schmitts der Versuch unternommen, eine Typologie der Feindschaft zu entwickeln.

In der Folge wird der Begriff des inneren Feindes der Analyse unterzogen, wobei er zunächst von dem des äußeren Feindes abzugrenzen wäre. Von Interesse ist, an welche politischen Bedingungen die Entstehung des inneren Feindes geknüpft ist und in welcher konkreten Gestalt er in Guatemala in Erscheinung trat. Indem der Partisan oder Guerillakämpfer als Objekt innerer Feindschaft in den Fokus der Betrachtung gerät, werden seine spezifischen Charakteristika untersucht und gegenüber anderen Kämpfertypen positioniert. Mit Blick auf den guatemaltekenischen Bürgerkrieg wird die Frage erörtert, ob die Guerilla hinsichtlich ihrer Motivation und Identität eine politisch homogene Gruppe darstellt oder ob sich Unterscheidungsmerkmale innerhalb der irregulären Kampfverbände feststellen lassen. Die Relevanz dieser theoretischen Grundlegendiskussion zeigt sich in den detaillierten Betrachtungen der folgenden Kapitel zur Konzeption des inneren Feindes in Guatemala. Dabei konstituiert dieses Kapitel den theoretischen Rahmen des ersten Teils dieser Arbeit, da hier der systematische Versuch unternommen wird, die Tragweite politischer Feindschaft analytisch einzukreisen und damit auch aufzuzeigen, was jenseits ihrer Grenzen liegt.

### **1.1 Generelle Überlegungen zur Auffassung des Krieges und der Ausformung von Feindschaftskonzeptionen**

Der Krieg ist ohne die Existenz von Feindschaft undenkbar. Somit ist auch der Akt der Gewalt unmittelbar im Kontext der Durchsetzung einer gegen den Feind gerichteten Absicht zu begreifen, die zunächst nicht zwangsläufig auf einen politischen Charakter – im Sinne eines rein instrumentellen Gewaltgebrauchs – verweisen muss. So zeigen sich im äußersten Moment der Feindschaft, wie es nur im Kriege zu Tage tritt, neben rationalen Aspekten der Gewaltanwendung

auch irrationale Beweggründe, die als *Leidenschaft des Hasses* beschrieben werden können. Bereits Carl von Clausewitz erkannte diese Dimension der *Feindschaft der Gefühle*, als er 1832 schrieb:

„Ist der Krieg ein Akt der Gewalt, so gehört er notwendigerweise auch dem Gemüt an. Geht er nicht davon aus, so führt er doch darauf mehr oder weniger zurück, und dieses Mehr oder Weniger hängt (...) von der Wichtigkeit und Dauer der feindseligen Interessen ab.“<sup>35</sup>

Doch hatte Clausewitz keine entpolitisierte Feindschaftskonzeption vor Augen, als er den Krieg als „erweiterten Zweikampf“ zwischen Gegnern auffasste,<sup>36</sup> die sich aufgrund ihres gleichartigen Charakters auf Augenhöhe begegnen konnten. Demnach begriff er ebenso wenig die Vernichtung des Feindes als Funktion der kriegerischen Auseinandersetzung. Dies kommt vor allem in seiner bewussten Distinktion zwischen *Mittel* und *Zweck* der kriegerischen Gewaltanwendung zum Ausdruck. Die physische Gewalt wird dabei als Mittel aufgefasst, um die Durchsetzung politischer Interessen als Zweck zu erreichen: „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“<sup>37</sup> Wenn Clausewitz von der „Vernichtung der feindlichen Streitkräfte“ als Mittel zum Zweck spricht, so stellt er dabei nicht auf eine absolute Dimension der Destruktion des Gegners ab, sondern auf die Niederwerfung des Feindes, um ihn wehrlos zu machen. Es soll verhindert werden, dass der Feind den Kampf fortsetzt und damit die Möglichkeit bestehen bliebe, dass sein politischer Wille Durchsetzung findet.<sup>38</sup>

Diesem Verständnis zufolge richtet sich der bewaffnete Kampf gegen einen Feind, der als politischer Gegner wahrgenommen wird. Die Feindschaft transformiert sich dabei in dem Maße in ein Politikum, wie „der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument (...), eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“<sup>39</sup> – geworden ist.

Damit steht im Kern des Clausewitzschen Denkens, wie es in seinem Werk *Vom Kriege* (1832) zum Ausdruck kommt, eine *instrumentelle Auffassung* des Krieges, die auf eine legitime politische Ordnung bezogen ist. Nur diese sei in

---

35 Clausewitz 1952: *Vom Kriege*, S. 91.

36 Ebd., S. 89.

37 Ebd., S. 89 f.

38 Ebd., S. 113, 779.

39 Ebd., S. 108.

der Lage, die Zwecke zu definieren, um derentwillen der Krieg geführt werden könne. Diese Konzeption war einer konservativen Sichtweise geschuldet, die als politischen Bezugspunkt den Staat an die Stelle des *Volkes* stellte und den Krieg nunmehr als Instrument der Politik begriff, das „einer kleinen Gruppe von Staatsmännern“ zur Durchsetzung ihres *Willens* überantwortet wurde.<sup>40</sup>

Die politische Instrumentalität des Krieges schlägt sich letztlich darin nieder, dass der Akt der Gewalt durch eine bestehende Ordnungsgröße – in der Regel einen Staat – legitimiert wird, um ein politisches Ziel zu erreichen, wobei eine klare Unterscheidung zwischen gewaltsamen Mittel und politischem Zweck vorgenommen wird.

Vor dem Hintergrund der französischen Revolution des Jahres 1789 erkannte Clausewitz, dass sich mit dem Wandel der gesellschaftlichen Strukturen auch das Verhältnis zwischen Politik und Krieg verändert hatte. In dieser Hinsicht forderte er, den 'entfesselten' Krieg wieder 'einzufangen' und ihn sinnvoll in das neue soziopolitische Gefüge zu reintegrieren. Dabei ging es insgesamt weniger um die Hegung kriegerischer Gewalt als solcher, sondern vor allem darum, den inneren Zusammenhang zwischen Krieg und Politik wieder in den Vordergrund zu stellen, wobei der Politik das Primat zuerkannt wurde.<sup>41</sup>

Dennoch betont Herfried Münkler (1992), dass eine Clausewitz-Interpretation, die sich lediglich auf die „instrumentelle Subsumption des Krieges unter die Politik“<sup>42</sup> beschränkt, zu kurz greife, da die Clausewitzsche Kriegstheorie ebenso eine *existenzielle Auffassung* des Krieges in sich trage, die der instrumentellen Kriegsdefinition gegenüberzustellen sei.<sup>43</sup> Dies kommt beispielsweise in Clausewitz' Abhandlung über die *Natur des Krieges* zum Ausdruck, wenn er schreibt:

„Je großartiger und stärker die Motive des Krieges sind, je mehr sie das ganze Dasein der Völker umfassen, je gewaltsamer die Spannung ist, die dem Kriege vorgeht, um so mehr wird der Krieg sich seiner abstrakten Gestalt nähern, um so mehr wird es sich um das Niederwerfen des Feindes handeln, um so mehr fallen das kriegerische Ziel und der kriegerische Zweck zusammen, um so rein kriegerisch, weniger politisch scheint der Krieg zu sein.“<sup>44</sup>

Das existenzielle Moment des Krieges drückt sich somit in der Aufkündigung der vormaligen Unterscheidung zwischen Mittel und Zweck aus, wobei die

40 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 100.

41 Vgl. Hahlweg 1960: *Klassiker der Kriegskunst*, S. 15.

42 Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 95.

43 Vgl. ebd., S. 103.

44 Clausewitz 1952: *Vom Kriege*, S. 109.

kriegerische Gewalt – entgegen der *instrumentellen Auffassung* – ihre untergeordnete Funktion verliert und zu einem isolierten Akt avanciert, der eine Transformation der politischen Ordnung oder die Konstitution eines eigenen politischen Körpers hervorzurufen sucht. Clausewitz begreift solche Kriege, deren Motive „das ganze Dasein der Völker umfassen“, nicht als Instrument einer Politik, die darauf abzielt einen eigenen Willen durchzusetzen, sondern als existenziell in dem Sinne, wie sie als Beweis eines eigenen Willens fungieren beziehungsweise darauf verweisen, einen eigenen Willen zu haben.<sup>45</sup>

Bei der *instrumentellen Auffassung* des Krieges wird die Gewalt durch eine bestehende politische Ordnung legitimiert, wobei der Krieg zur Durchsetzung eines politischen Willens geführt wird. Im Gegensatz dazu gründet sich die *existenzielle Auffassung* des Krieges auf dem Gedanken, dass der Krieg kein Mittel zur Erreichung eines vorgegebenen politischen Zweckes darstellt, sondern ein Mittel ist, durch das sein Zweck erst hervorgebracht wird. Indes kommt die Selbstzweckmäßigkeit des Krieges dadurch zum Tragen, dass aus ihm die antizipierte Existenz einer politischen Größe hervorgeht, durch die letztlich der Gewaltgebrauch gerechtfertigt wird.<sup>46</sup>

Prinzipiell ist hervorzuheben, dass die *instrumentelle Auffassung* des Krieges überwiegend dem Berufsethos regulärer Streitkräfte entspricht, da diese weitgehend der Befehlsgewalt eines Staates unterstellt sind und somit als Instrument der Politik eingesetzt werden können.<sup>47</sup>

Demgegenüber steht stellvertretend als Träger einer *existenziellen Auffassung* des Krieges der Widerstandskämpfer oder Partisan, der sich, wie ihn Rolf Schroers (1961) begriffen hat, überdies durch seine heroische Disposition auszeichnet:

„Worauf beruft er [der Widerstandskämpfer] sich für seinen Kampf gegen die herrschende Gewalt, die ja kraft ihrer Herrschaft alles Recht für sich in Anspruch nimmt? Durch die Tat bezeugt er, daß es etwas Zwingenderes für ihn gibt, als den Anspruch der etablierten Herrschaft; er setzt sein Leben dafür zum Pfand. Er hat keine Macht, keine andere Bürgschaft als diese Bereitschaft zum Selbstopfer. Die Legitimation zum Widerstand, auf die er sich etwa beruft und für die er das Recht vom Unterdrücker einfordert, ist ja gerade die, die der Unterdrücker nicht anerkennt. Sie äußert sich in der partisanischen Aktion negativ gegen den Unter-

---

45 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 102.

46 Vgl. ebd., S. 108.

47 Vgl. Loibl 1990: „*Revolution, Rache, Raub*“, S. 287.

drücker. Aber was ist sie selber? Sie wird ja behauptet, weil sie nicht gilt, also geltend gemacht werden soll.“<sup>48</sup>

Prinzipiell zeigt sich die Gegensätzlichkeit zwischen *instrumenteller* und *existenzieller Auffassung* des Krieges in einer *legitimatorischen Asymmetrie*, die vor allem dort zum Ausdruck kommt, wo der politische Wille konservativer traditionsverteidigender Kräfte auf sozial- oder nationalrevolutionäre Forderungen stößt, die darauf ausgerichtet sind, die bestehende politische Ordnung durch Waffengewalt zu stürzen, um eine neue Ordnung auf den Trümmern der alten zu errichten. Während erstere in der Lage sind, den Krieg durch die bestehende Ordnung zu legitimieren und ihn zu deren Erhaltung zu führen, beabsichtigen letztere, durch die Gewaltanwendung eine neue Legitimität zu schaffen, um sich politisch konstituieren zu können.

Zentral ist im Hinblick auf die unterschiedlichen Auffassungen kriegerischer Gewalt, dass sie in spezifischer Weise auf die kriegführenden Subjekte zurückwirken: Wenn die *existenzielle Auffassung* des Krieges darin begründet ist, dass die politische Identität der Kriegführenden erst durch die Gewalt beziehungsweise den Kampf konstituiert oder zumindest transformiert wird, so zeigt sich im Hinblick auf die *instrumentelle Kriegsauffassung*, dass diese von unverändert bleibenden Subjekten ausgeht. Die instrumentelle Einstellung postuliert dabei, dass der Krieg die politische Ordnung nicht verändert, sondern nach dessen Beendigung dieselbe vorherrscht, wie zu Beginn der Kriegshandlung. Entscheidend ist dabei, dass der Krieg in beiden Fällen als politisches Mittel begriffen wird und somit das Unterscheidungskriterium der idealtypischen Abgrenzung zwischen *instrumenteller* und *existenzieller Auffassung* nicht in der Subsumtion des Krieges unter den Primat der Politik zu liegen scheint, sondern in der jeweiligen Identität der kriegführenden Subjekte.<sup>49</sup>

Da der Rückschluss nahe liegt, dass die Konzeption von Feindschaft durch ein potenziell kriegführungsfähiges Subjekt geformt wird und sich daraus im äußersten Fall der spezifische Charakter eines Krieges ergibt, erscheint es ebenso plausibel, dass eine Variable, die Folgen für die Identität der kriegführenden Akteure hat, auch auf das Moment der Feindschaft zurückwirkt. Daher wird hier die These formuliert, dass die unterschiedlichen Auffassungen des Krieges, insofern

---

48 Schroers 1961: *Der Partisan*, S. 20.

49 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 109.

sie auf die Identität kriegführender Akteure zurückwirken, auch die Feindschaft qualitativ beeinflussen oder diese überhaupt erst konstituieren.

Dabei muss zunächst festgestellt werden, dass sowohl im instrumentellen als auch im existenziellen Fall kriegserischer Auffassung zwar das Verhältnis zwischen Mittel und Zweck der Gewaltanwendung variiert, jedoch insgesamt ein politisches Ordnungsmoment im Vordergrund zu stehen scheint. Wenn das Primat der Politik in beiden Fällen erkennbar wird, kann zunächst geschlussfolgert werden, dass auch die Konzeption der Feindschaft sowohl in instrumenteller als auch in existenzieller Hinsicht tendenziell durch einen politischen Charakter geprägt ist. Begreift man die *Feindwerdung* als Prozess regulativen Ordnungshandelns, der eine identitätserhaltende oder -konstituierende Wirkung zeitigt,<sup>50</sup> dann ist auch die jeweilige Auffassung des Krieges als Ausdruck politischer Ordnungsvorstellungen insofern für die qualitative Ausprägung von politischer Feindschaft relevant, als sie sich auf die Identität der kriegführenden Subjekte auswirkt.

Daraus lässt sich ableiten, dass nicht die Feindgestalt auf die spezifische Austragungsform eines Krieges verweist, sondern die jeweilige Vorstellung über den Krieg unterschiedliche Feindgestaltungen reproduziert.<sup>51</sup> In anderen Worten ausgedrückt: Das Feindbild, das im Kontext der instrumentellen Vorstellung des Krieges reproduziert wird, unterscheidet sich prinzipiell von jenem, das der *existenziellen* Kriegsauffassung zu Grunde liegt.

Worin liegen die qualitativen Unterschiede der spezifischen Feindkonzeptionen zwischen der *instrumentellen* und der *existenziellen Auffassung* des Krieges? In Anlehnung an Clausewitz' instrumentelle Kriegsdefinition hat Carl Schmitt in seinem 1932 erschienen Werk *Der Begriff des Politischen* vermerkt, dass der bewaffnete Kampf nur insofern eigenen Regeln, Strategien und Taktiken folgen kann, als die politische Entscheidung darüber vorliegt, wer der Feind ist. Diese Erkenntnis scheint deshalb zentral für die *instrumentelle Auffassung* des Krieges zu sein, da sie das Kriterium einer politischen Ordnung in den Vordergrund stellt, die dazu legitimiert ist, eine Unterscheidung zwischen Freund und Feind vorzunehmen. Indem diese Differenzierung vorab getroffen werde, sei der

---

50 Vgl. Platt 2003: „*Unter dem Zeichen des Skorpions*“, S. 29.

51 Vgl. ebd., S.49.

durch eine Uniform gekennzeichnete reguläre Soldat nicht mehr in der Pflicht, dieses politische Problem lösen zu müssen.<sup>52</sup>

Die Feinderklärung wird somit in der *instrumentellen Auffassung* des Krieges, wie sie beispielsweise in den europäischen Staatenkriegen des 19. Jahrhunderts zu Tage trat, nicht im Krieg getroffen, sondern im Vorfeld der bewaffneten Eskalation auf einer politischen Metaebene des Kampfes vorgenommen, wobei die militärische Auseinandersetzung tendenziell zwischen gleichartigen Gegnern stattfindet, die sich auch als solche anerkennen. Dies bringt mit sich, dass der Soldat nicht nur vor Eintritt in den Krieg weiß, wer der Feind ist, sondern bestenfalls auch die Regeln des Gewaltgebrauchs gegen die feindlichen Kräfte kennt und respektiert. Die Anerkennung eines Gegners auf Augenhöhe bedeutete somit die Entkriminalisierung des Feindes und dass er im Sinne eines *iustus hostis* zum Inhaber von Rechten wurde. Obwohl die Feindschaft somit rationalisiert und gewissermaßen humanisiert wurde, bezweckte diese Leistung des europäischen Völkerrechts nicht die generelle Abschaffung eines *ius ad bellum* als *ultima ratio* zur Durchsetzung eines politischen Willens, sondern zielte darauf ab, den Krieg begrenzt führbar zu machen.<sup>53</sup>

Wenn nun im Zusammenhang dieser idealtypischen Darstellung der *instrumentellen Auffassung* des Krieges von einer *relativen Feindschaft* gesprochen werden kann, so lässt sich dies besonders an der Verrechtlichung der Feindschaftsbeziehung verdeutlichen. Dabei ist insbesondere die Anerkennung von Vereinbarungen zwischen feindlichen Lagern hervorzuheben, die in der Hinsicht eine politische Leistung darstellten, wie sie ab 1814/15 im Rahmen des Wiener Kongresses als verbindliche Norm festgeschrieben wurden, was letztlich eine Hegung kriegerischer Gewalt möglich gemacht hat:

„Noch heute heißt dieses Recht *klassisches* Kriegsrecht und es verdient diesen Namen auch. Denn es kennt klare Unterscheidungen, vor allem die von Krieg und Frieden, von Kombattant und Nicht-Kombattanten, und von Feind und Verbrecher. Der Krieg wird von Staat zu Staat als ein Krieg der regulären, staatlichen Armeen geführt, zwischen souveränen Trägern eines *jus belli*, die sich auch im Kriege als Feinde respektieren und nicht gegenseitig als Verbrecher diskriminieren, so daß ein Friedensschluss möglich ist und sogar das normale, selbstverständliche Ende des Krieges bleibt.“<sup>54</sup>

52 Vgl. Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 34.

53 Vgl. Schmitt 1950: *Der Nomos der Erde*, S. 113; Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 92.

54 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 16.



Auch in der *existenziellen Auffassung* des Krieges wird die Feinderklärung auf einer politischen Ebene vorgenommen. Doch anders als bei der instrumentellen Sichtweise, wo die Feindschaft auf der Grundlage einer bestehenden politischen Ordnung rechtlich reglementiert und dadurch relativiert werden kann, zeichnet sich die *existenzielle Auffassung* gerade durch die Abwesenheit einer solchen Ordnung aus. Das existenzielle Moment tritt durch die stark normativen Annahmen von Theoretikern in Erscheinung,<sup>55</sup> wobei die legitimatorische Voraussetzung den Krieg zu führen nicht an eine bestehende politische Ordnung geknüpft ist. Für die entsprechende Konzeption von Feindschaft bedeutet dies, dass sie aufgrund der existenziellen Frage, die ihrer Gestalt zu Grunde liegt, tendenziell einen nicht regulierbaren oder einen *entgrenzten* Charakter aufweist.

Um sich einer Typologie der Feindschaft zu nähern, wird im Folgenden der an eine *instrumentelle Auffassung* des Krieges gekoppelte Begriff einer *relativen Feindschaft* im Hinblick auf die *existenzielle Kriegsvorstellung* dem einer *entgrenzten Feindschaft* – Schmitt spricht in diesem Kontext von einer *wirklichen Feindschaft*<sup>56</sup> – gegenübergestellt. Das Attribut der *Entgrenzung* soll dabei zunächst nicht auf eine absolute Dimension der Feindschaft verweisen, sondern sich auf eine Feindgestalt beziehen, die losgelöst von einer existierenden politischen Ordnung und somit außerhalb eines rechtlichen Rahmens hervorgebracht wird. Im Gegensatz zur *relativen Feindschaft* kann der Feind in dieser Konzeption nicht mehr als *iustus hostis* gedacht werden: Die *entgrenzte Feindschaft* erfüllt eine existenzielle Funktion für das Hervorbringen einer politischen Ordnung und ist nicht an rechtliche oder politische Grenzziehungen gebunden, sondern richtet sich mitunter sogar gegen die bestehenden Grenzen. Zugespitzt formuliert bedeutet dies: Die Konstituierung oder der Bestand der eigenen Existenz wird nicht an die Einhaltung rechtlicher Normen geknüpft, sondern von der Bestimmung und Bekämpfung des Feindes abhängig gemacht.

In dieser Hinsicht kann der Aphorismus Theodor Däublers (1924) gedeutet werden, dessen erster Teil sich wie ein Leitmotiv durch das Werk Carl Schmitts zieht: „Der Feind ist unsre eigne Frage als Gestalt. Und er wird uns, wir ihn zum selben Ende hetzen.“<sup>57</sup>

---

55 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 110.

56 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 87 ff.

57 Däubler 1924: *Hymne an Italien*, S. 65.

Die existenzielle Tragweite dieser spezifischen 'Frage' ist darin zu erkennen, dass sie sich auf das *Selbst* desjenigen Kollektivs bezieht, dem sich der Fragende zuordnet. Der Feind wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht als identisches Abbild, sondern *ex negativo* als seitenverkehrtes Spiegelbild der eigenen Identität begriffen. Dabei setzt allerdings die Tatsache, eine eigene Frage zu haben, noch nicht die Existenz eines politischen Körpers oder eines kollektiven *Selbst* voraus. Erst die Feind-Definition als Moment, in dem die eigene Frage Gestalt annimmt und der Feind sichtbar gemacht wird, verweist auf das Hervortreten einer politischen Einheit.<sup>58</sup>

Umgekehrt bedeutet dies allerdings auch, dass die Nichtbeantwortung dieser Frage, also das Ausbleiben der Bestimmung des Feindes und der damit verbundenen Möglichkeit eines wirklichen Kampfes, eine Existenz als politische Größe fraglich werden lässt. So hebt Schmitt diesbezüglich hervor:

„Solange ein Volk in der Sphäre des Politischen existiert, muß es, wenn auch nur für den extremsten Fall – über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet – die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen. Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz. Hat es nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen zu dieser Unterscheidung, so hört es auf, politisch zu existieren.“<sup>59</sup>

Wenn nun die *existenzielle Auffassung* des Krieges überwiegend durch sozial- oder nationalrevolutionäre Partisanengruppen vertreten wird, so werden diese zum Träger einer *entgrenzten* oder *wirklichen Feindschaft*, indem sie außerhalb des Rechtes gestellt werden – aber auch nicht für sich beanspruchen, als Rechtssubjekte vor dem Feinde zu gelten.

„Er [der Partisan] hat sich von der konventionellen Feindschaft des gezähmten Krieges abgewandt und in den Bereich einer anderen, der wirklichen Feindschaft begeben, die sich durch Terror und Gegenterror bis zur Vernichtung steigert.“<sup>60</sup>

Während die Intensität der Feindschaft in Bezug auf eine *instrumentelle Auffassung* des Krieges, wie sie in einem zwischenstaatlichen Feindverhältnis zu Tage tritt, begrenzt bleibt, führen die Formen des Krieges, wie sie im Zusammenhang mit der Guerilla beziehungsweise dem Partisanentum auftreten, zu einer *Entgrenzung* der Feindschaft, die sich bis in ihre absolute Erscheinungsform steigern kann. Wenn in dieser Hinsicht der Bürgerkrieg sowie der antikoloniale Befreiungskrieg als spezifische Austragungsformen partisanischer Gewalt zu

58 Vgl. Thiele 2011: „'Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt'“, S. 152.

59 Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 50.

60 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 17.

nennen sind, so wird in ihnen das Moment innergesellschaftlicher Feindschaft generell durch unterschiedliche Faktoren gesteigert. Einerseits zählen dazu rassistische Elemente, wie sie im Fall des antikolonialen Befreiungskrieges oder bei Kriegen auftreten, in denen die Freund-Feind-Unterscheidung entlang ethnischer Linien verläuft – wie dies im guatemalteckischen Bürgerkrieg neben anderen Faktoren der Fall war.

Die Feindschaft steigert sich in diesem Kontext durch die rassistische Diskriminierung der Aufständischen, wobei die Gewalt gegen letztere durch die binäre Codierung einer *zivilisierten* versus einer *barbarischen* Sphäre legitimiert wird.

Andererseits ist zu beobachten, wie die Strategie des Partisanen selbst dazu führt, das Moment der Feindschaft zu intensivieren. Wenn die Herausforderung des Guerillero generell darin liegt, seine militärische Unterlegenheit im Kampf gegen einen regulären Militärapparat in eine strategische Stärke zu verwandeln, muss er die Trennung zwischen Kombattant und Nichtkombattant sowie die Unterscheidung zwischen Front und Hinterland auflösen und einen permanenten und ubiquitären Kampf führen, wobei er regelrecht darauf abzielt, den Krieg zu „enthegen“. <sup>61</sup> Die Intensitätssteigerung der Feindschaft ist letztlich auf den Partisanenkampf selbst zurückzuführen, da dieser nicht regulär, beziehungsweise unter Anerkennung kriegsrechtlicher Verbindlichkeiten führbar ist. Die Möglichkeiten, die dem regulären Gegner bleiben, sind entweder seine Regularität aufzugeben und einen Vernichtungsfeldzug gegen die Guerilla und die unbewaffnete Zivilbevölkerung zu führen oder seine Kampfweise der Irregularität des Partisanen anzugleichen. <sup>62</sup> In beiden Fällen wird der *iustus hostis* durch eine *causa iusta* ersetzt, was damit einhergeht, dass die sie in Anspruch nehmende Seite sich selbst eine höhere Legitimität der Gewaltanwendung zubilligt als der Gegenseite und zudem den politisch-militärischen Gegner in einen persönlichen Feind verwandelt. <sup>63</sup>

Wenn man den revolutionären Partisanen nicht nur als irregulären Kämpfer, sondern vor allem auch als Träger einer *existenziellen Auffassung* des Krieges begreift, <sup>64</sup> so wird dabei deutlich, dass aus dieser zwei Feindschaftskonzeptionen

61 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 40.

62 Vgl. Waldmann 2002: *Der anomische Staat*, S. 114.

63 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 73 f.

64 Dies wird beispielsweise bei Che Guevara deutlich, wenn er zur Erreichung der revolutionären Idee den heroischen Einsatz des eigenen Lebens als Essenz des Guerillakampfes einfordert (vgl.

hervorgehen, die zugleich auf die Grenzen der politischen Tragweite von Feindschaft verweisen. Obgleich die *entgrenzte Feindschaft* dadurch gekennzeichnet ist, nicht mehr an eine gewaltregulierende rechtliche Norm gebunden zu sein, können ihre Inhalte doch weiterhin in dem Maße politisch sein, wie die Niederwerfung des Feindes dazu dient, sich selbst politisch zu konstituieren. Indem der Feindschaft diesbezüglich eine politische Tragweite beizumessen ist, bleibt auch der Krieg der Direktionsgewalt der Politik unterstellt.

Dennoch trägt der *entgrenzte* Charakter dieser Konzeption von Feindschaft, wie sie insbesondere in Bürgerkriegen zu Tage tritt, prinzipiell die Möglichkeit in sich, über das Politische hinauszugehen, als moralische Wertmaßstäbe dazu bemüht werden, den *wirklichen Feind* absolut zu setzen. Carl Schmitt stellt in diesem Kontext auf eine *eschatologische* Bedeutung des Krieges ab, die sich in der Manifestation eines „letzten Krieges der Menschheit“<sup>65</sup> niederschlägt – eine Überlegung, in der die *existenzielle Auffassung* des Krieges wohl in ihrer extremsten Form zum Ausdruck kommt:

„Solche Kriege sind notwendigerweise besonders intensive und unmenschliche Kriege, weil sie, *über das Politische hinausgehend*, den Feind gleichzeitig in moralischen und anderen Kategorien herabsetzen und zum unmenschlichen Scheusal machen müssen, das nicht nur abgewehrt, sondern definitiv *vernichtet* werden muß, also nicht mehr nur ein in seine Grenzen zurückzuweisender Feind ist.“<sup>66</sup>

Die *existenzielle Auffassung* des Krieges kann somit neben der Möglichkeit einer politisch und rechtlich *entgrenzten* oder *wirklichen Feindschaft* ebenso eine *absolute Feindschaft* hervorbringen, deren Charakteristikum darin zu liegen scheint, dass sie im Gegensatz zu ersterer in ihrem Kern aggressiv und unpolitisch ist, da sie darauf abzielt, eine Entpolitisierung des Feindes durch seine totale Entwertung herbeizuführen. Dem Feind werden dabei nicht nur seine Qualitäten als politischer Gegner, sondern darüber hinaus als Mensch abgesprochen. In ihm wird die Quelle allen Übels gesehen – die politische Gegnerschaft verschwindet hinter den moralischen Begründungen, die seine Vernichtung als Notwendigkeit erscheinen lassen: „Erst die Ablehnung der wirklichen Feindschaft macht die Bahn frei für das Vernichtungswerk einer absoluten Feindschaft.“<sup>67</sup>

---

Guevara 2006: *Guerrilla Warfare*, S. 20).

65 Vgl. Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 37.

66 Ebd. (Hervorhebungen im Original)

67 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 96.

Wenn der Begriff des Politischen, wie ihn Schmitt vor Augen hatte, in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind begründet ist, deren Sinn lediglich darin liegt, „den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen“,<sup>68</sup> dann schließt diese Beschreibung die Möglichkeit einer *absoluten Feindschaft* zunächst aus, da diese nicht an politischen Parametern gemessen werden kann. Pointierter formuliert: Bei Schmitt bedeutet das Politische gerade die Unmöglichkeit einer *absoluten Feindschaft*. Besonders die *Ent-Theologisierung* des Politischen war dafür entscheidend, dass die Feindschaft *begrenzt* beziehungsweise *relativiert* werden konnte, indem sie dadurch einer säkularisierten Sphäre zugeführt wurde, die sich dem Einfluss einer theologischen oder humanitären Moral grundlegend entzog.<sup>69</sup>

Als Konsequenz dieser Sichtweise verband Schmitt im letzten Kapitel seines Werkes *Nomos der Erde im Ius Publicum Europaeum* (1950) das Problem der *absoluten Feindschaft* mit der Lehre des gerechten Krieges – *bellum iustum*. Auch wenn der Autor hervorhebt, dass dies nicht als Versuch verstanden werden sollte, die christlichen Lehren auf das moderne Kriegswesen anzuwenden,<sup>70</sup> liefert die *Re-Theologisierung* des *absoluten* Feindbegriffs eine Begründung für den Vernichtungsgedanken, der ihm zu Grunde liegt.

Wenn die *absolute Feindschaft* mit der Substitution des *iustus hostis* durch eine *causa iusta* einhergeht, so manifestiert sich darin zunächst ein asymmetrisches Feindschaftsverhältnis, das durch die Aberkennung der Gleichartigkeit zwischen den Gegnern gekennzeichnet ist. Während der Unterlegene versucht, den Kampf um Recht und Macht durch den Bürgerkrieg in das Staatsinnere zu tragen, begreift der Stärkere seine waffentechnische Überlegenheit als Beweis einer *causa iusta* und versucht den nunmehr inneren Feind mit moralischen Mitteln als Verbrecher zu diskreditieren.<sup>71</sup>

Der Feind wird dabei durch die überlegene, eine *causa iusta* beanspruchende Seite nicht nur als illegaler Akteur begriffen. Weitergehend wird ihm ein extra-legaler Status verliehen, indem er – *hors la loi* gestellt – für 'vogelfrei' erklärt wird. Die Entpolitisierung des Feindes unter dem Rückgriff auf eine *causa iusta* geht dabei mit der Steigerung der Vernichtungsmittel und der *Entortung* des Krieges in dem Sinne einher, dass sich die Gewalt zunehmend gegen die unbe-

68 Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 27.

69 Vgl. Branco 2011: „*Die Sichtbarkeit des Politischen*“, S. 63.

70 Vgl. Schmitt 1950: *Der Nomos der Erde*, S. 299.

71 Vgl. ebd., S. 298.

waffnete Zivilbevölkerung richtet, wobei gleichzeitig versucht wird, die Anforderung einer Legitimationssteigerung der Vernichtungsmethoden zu erfüllen.

„Der Bomben- oder Tiefflieger gebraucht seine Waffe gegen die Bevölkerung des feindlichen Landes vertikal wie der heilige Georg seine Lanze gegen den Drachen gebrauchte. Indem man heute den Krieg in eine Polizeiaktion gegen Störenfriede, Verbrecher und Schädlinge verwandelt, muß man auch die Rechtfertigung der Methoden dieses 'police bombing' steigern.“<sup>72</sup>

Trägt man die Ergebnisse dieses Kapitels zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Grundsätzlich lässt sich zeigen, dass nicht der Krieg an sich auf einen spezifischen Typus von Feindschaft verweist, sondern die spezifischen Auffassungen über den Krieg unterschiedliche Formen der Feindschaft erwarten lassen, da sie auf die Identität der kriegführenden Subjekte zurückwirken. Somit sind die Austragungsformen kriegserischer Gewalt auch immer an die Vorstellungen über den Krieg gebunden, die ihrerseits eine Aussage über die Qualität und Intensität von Feindschaft treffen.

In Verbindung mit der Unterscheidung zwischen *instrumenteller* und *existenzieller Auffassung* des Krieges, wie sie im Werk Carl von Clausewitz' zu finden ist, lässt sich die Feindschaftstypologie Carl Schmitts systematisieren und begrifflich schärfen. Indem die unterschiedlichen Idealtypen von Feindschaft auf die beiden Kriegsauffassungen bezogen werden, lassen sie sich in Bezug auf ihre politische Tragweite voneinander unterscheiden. So konnte gezeigt werden, dass die *instrumentelle Auffassung* des Krieges aufgrund ihrer politischen Zweckgerichtetheit tendenziell die Möglichkeit einer *relativen Feindschaft* in sich trägt, was vor allem in zwischenstaatlichen Kriegen beobachtet werden kann. Als zentrales Merkmal dieser Kriege ist dabei hervorzuheben, dass der Feind hier unmittelbar identifizierbar ist: Nur der uniformierte Soldat, der seine Waffen sichtbar trägt, und nicht der unbewaffnete Zivilist wird als Feind begriffen. Letztlich konnte sich in diesem Kontext ein Soldatenethos herausbilden, das dem Feind *Wert* und *Ehre* zuteil werden lässt, wodurch er als gleichberechtigter Gegner anerkannt werden konnte.<sup>73</sup>

Demgegenüber entspringt der *existenziellen Auffassung* des Krieges prinzipiell eine doppelte Möglichkeit von Feindschaft, die sich entweder als politisch und rechtlich *entgrenzt* oder als *absolut* darstellen kann. Dabei treten sowohl die *entgrenzte* als auch die *absolute* Feindschaftskonzeption überwiegend in Bürger-

72 Ebd., S. 299.

73 Vgl. Slomp 2009: *Carl Schmitt and the politics of hostility, violence and terror*, S. 80.

kriegssituationen auf, in denen revolutionäre Gruppierungen die etablierte politische Ordnung infrage stellen.

Da das Merkmal dieser beiden Feindschaftskonzeptionen in ihrer Losgelöstheit von einer bestehenden politischen Ordnung liegt, schlägt sich dies in der Realität des Bürgerkrieges in einer rechtlichen Nichtregulierbarkeit der Feindschaftsbeziehung nieder, was besonders in der Ubiquität und Permanenz des Kampfes, der Auflösung räumlicher Grenzen des Kriegsgeschehens sowie der Missachtung der Trennung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten deutlich wird.

In beiden Fällen – der *entgrenzten* wie der *absoluten Feindschaft* – scheint der Feind jedoch erst aufgrund seiner Bestimmung als solcher zu existieren und besitzt insofern eine Funktion als existenzschöpfendes Referenzsubjekt, als er die eigene Identität *ex negativo* begründet und ein disjunktives Gegenbild oder anders gesagt eine binäre Alternative bei der Gestaltung von Wirklichkeit darstellt.<sup>74</sup> Dabei scheint das existenzielle Moment der Feindschaft vor allem darin zu liegen, dass sie im Schmittschen Sinne als äußerste Dissoziation gedacht werden kann und gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Assoziation der eigenen Wir-Gruppe verweist.

Doch obwohl beide Feindschaftskonzeptionen einer *existenziellen* Vorstellung des Krieges entspringen, unterscheiden sie sich hinsichtlich ihres politischen Gehaltes und markieren darüber hinaus die Reichweite politischer Feindschaft, wie sie Carl Schmitt im Blick hatte: Das wichtigste Unterscheidungskriterium zwischen der politisch *entgrenzten* und der *absoluten Feindschaft* liegt darin, dass letztere im Gegensatz zu ersterer einen entpolitisierten Charakter aufweist und sich damit der Sphäre des Politischen entzieht.

Auch wenn grundsätzlich der Trennung zwischen *wirklicher* und *absoluter Feindschaft* ihre theoretische Bedeutung nicht abgesprochen werden kann, ist anzumerken, dass die Auswahl der Beispiele, die Schmitt in Bezug auf das Moment *absoluter Feindschaft* ins Feld führt, von politischer Einseitigkeit zeugt. Über die Idee des *bellum iustum* sowie der Vorstellung eines „endgültig letzten Krieges der Menschheit“ hinaus schreibt er in dem Werk *Theorie des Partisanen* (1963) die Trägerschaft einer *absoluten Feindschaft* prinzipiell dem globalen Revolutionär zu, wobei er Lenin als „Berufsrevolutionär des Weltbürgerkrieges“<sup>75</sup> die Ur-

74 Vgl. Platt 2003: „Unter dem Zeichen des Skorpions“, S. 21.

75 Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 94.

heberschaft einer solchen Feindschaft unterstellt. Während Schmitt in der Lehre des gerechten Krieges sowie im Liberalismus und schließlich im Leninismus die Quellen einer absoluten Feindschaftskonzeption zu erkennen meint, bleiben die millionenfachen Verbrechen der von ihm legitimierten NS-Diktatur ohne Erwähnung. Dabei materialisiert sich doch gerade in ihnen das für das 20. Jahrhundert wirkmächtigste Beispiel *absoluter Feindschaft*.<sup>76</sup>

Dennoch soll im Rahmen dieser Arbeit Schmitts Argument bekräftigt werden, dass der revolutionäre Bürger- oder Befreiungskrieg aufgrund seiner Unregulierbarkeit die Herausbildung einer *entgrenzten Feindschaft* befördert, die sich in vielen Fällen in ihr Absolutes steigert. Auch wenn in diesem Zusammenhang von einer inneren Feindschaft zu sprechen ist, insofern sie sich prinzipiell auf eine innerstaatliche kriegserische Auseinandersetzung bezieht, hängen doch die qualitativen Kriterien der innenpolitischen Freund-Feind-Unterscheidung fundamental von demjenigen Akteur ab, der sie vornimmt. So muss als zentrales Kriterium der Bürgerkriegssituation festgehalten werden, dass der Staat als vormaliger Inhaber der Deutungshoheit von Freund und Feind gerade dadurch seine Souveränität infrage gestellt sieht, dass substaatliche Gewaltakteure ihrerseits eine Freund-Feind-Unterscheidung vornehmen. Das heißt, dass die Kategorie 'innerer Feind' zwar auf die staatliche Sphäre bezogen ist, jedoch ihre Bedeutungsschwere aus der substaatlichen Sphäre bezieht. Vereinfacht gesagt äußert sich die Feindschaft im Bürgerkrieg sowohl beim Erhalt staatlicher Macht, der durch das reguläre Militär angestrebt wird, als auch bei der Konstitution eines neuen Staates, dessen Aufbau durch revolutionäre Einheiten beabsichtigt wird.

Daraus entspringt die existenzielle Tragweite, die der innerstaatlichen Feindschaft in besonderem Maße innezuwohnen scheint. Denn beide Seiten, die sich nunmehr als innere Feinde gegenüberstehen, beziehen den Gewaltgebrauch auf die eigene Existenz. So lässt sich Schmitts Definition des Feindes vor allem im Hinblick auf den inneren Feind lesen:

„Er ist eben der Andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines 'unbeteiligten' und daher 'unparteiischen' Dritten entschieden werden können.“<sup>77</sup>

76 Vgl. Slomp 2009: *Carl Schmitt and the politics of hostility, violence and terror*, S. 88.

77 Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 27.



Es ist auf das existenzielle Moment innerer Feindschaft zurückzuführen, dass sie ein besonderes Radikalisierungspotenzial aufweist, welches auf die spezifischen Formen der Kriegführung zurückwirkt. Aus Sicht des Staates ergibt sich dabei eine besondere Herausforderung, da der Feind zwar erklärt, aber nicht lokalisiert werden kann. Wenn sich die Qualität des inneren Feindes in der Logik irregulärer Kriegführung manifestiert, so ergibt sich dabei für das reguläre Militär die Schwierigkeit, dass der Feind sich nicht als solcher zu erkennen gibt und sich oftmals auch nicht selbst dazu erklärt, Feind zu sein beziehungsweise sich nicht eigenständig außerhalb des rechtlichen Geltungsbereiches stellt.<sup>78</sup>

Für einen regulären Gegner stellt die innere Feindschaft somit prinzipiell ein Dilemma dar, weil der Feind, einer Dialektik der Unsichtbarkeit folgend, nicht lokalisierbar ist, er jedoch verortet werden muss, wenn seine Bekämpfung Aussicht auf Erfolg haben soll. Um diese Problematik aufzulösen, folgen reguläre Streitkräfte zunehmend einer unkonventionellen Logik, die sich insbesondere in Methoden der Aufstandsbekämpfung zeigt. Vor allem die Vernichtungsfeldzüge, die in diesem Kontext geführt werden, lassen erkennen, dass die innere Feindschaft tendenziell dazu neigt, einen entpolitisierten Charakter zu haben, wobei der Feind als absoluter Gegner wahrgenommen wird.

Abgesehen davon, dass diese extreme Form der Beantwortung innerer Bedrohungspotenziale im Widerspruch zu völkerrechtlichen Anforderungen im Sinne der Anerkennung eines *iustus hostis* stehen, stellt sich dabei grundsätzlich die Frage, ob es dieser sicherheitspolitische Ansatz vermag, über die Bürgerkriegszeit hinaus eine friedenssichernde Wirkung zu zeitigen, wenn er auf der Grundlage einer absoluten Feindschaftskonzeption entwickelt wurde.

---

78 Vgl. Niehaus 2002: „*Wie man mit inneren Feinden verfährt*“, S. 154.

## 1.2 Zur Abgrenzung des inneren Feindes und seines Erscheinungsbildes in Guatemala

Bevor die Interpretationsfolie unterschiedlicher Vorstellungen des Krieges in Bezug zu ihren jeweiligen Feindschaftskonzeptionen und den daraus hervorgehenden Austragungsformen kriegerischer Gewalt über die Konfliktkonstellation Guatemalas gelegt werden kann,<sup>79</sup> muss zunächst auf die spezifische Qualität innerer Feindschaft eingegangen werden.

Folgende Fragestellungen sind dabei relevant: Was sind die Unterscheidungskriterien zwischen innerer und äußerer Feindschaft und wie wirkt die innerstaatliche Freund-Feind-Unterscheidung auf den Staat zurück? Welche Personengruppen wurden während der Bürgerkriegszeit in Guatemala als innere Feinde aufgefasst und in welchem Verhältnis standen sie zueinander?

Die existenzielle Bedeutung, die der Feindschaft insgesamt zuteil wird, materialisiert sich besonders dort, wo die etablierte politische Ordnung eines Staates innerhalb seines Territoriums gewaltsam in Frage gestellt wird. Im Bürgerkriegszustand richtet sich die durch den Souverän vorgenommene Feinderklärung nicht gegen äußere Feinde, die sich zumindest in Europa in der Regel durch ihre territorialstaatliche Gleichartigkeit auszeichneten, sondern gegen den Staatsbürger selbst, dessen Status *hors-la-loi* gesetzt, zum inneren Feind erklärt wird.<sup>80</sup>

79 Obwohl an dieser Stelle die Kritik berechtigt erscheint, dass es nicht ohne Weiteres möglich ist, klassisch westliche Feindschaftstheorien auf die Bürgerkriegskonstellation Guatemalas anzuwenden, da diese durch andere soziopolitische Faktoren geprägt ist, als diese etwa in Europa zu beobachten sind, können diesem Einwand dennoch zwei Argumente entgegengehalten werden. Einerseits liegt der sozialwissenschaftlichen Behandlung des Themas 'Feindschaft' grundsätzlich das Problem zu Grunde, dass keine aktuelle Theorie der Feindschaft existiert (vgl. Voigt 2011: „*Freund-Feind-Denken in der Welt des 21. Jahrhunderts*“, S. 17 f.), so dass zwangsläufig auf klassische theoretische Konzepte zurückgegriffen werden muss, wenn vorerst auf psychologische Erklärungsansätze verzichtet werden soll. Andererseits zeigt sich gerade bei Carl Schmitt als dem einzigen Theoretiker, der einen – wenn auch inkonsequenten – Versuch unternommen hat, eine Feindschaftstypologie zu entwickeln, dass diese auf sehr freien und vor allem universellen Kategorien basiert und daher durchaus auf außereuropäische Kontexte angewendet werden kann. Dabei scheinen die Überlegungen Schmitts für lateinamerikanische Militärregime, wie in Guatemala, einen passenden Analyserahmen zu bieten, da dort die Logik der Freund-Feind-Unterscheidung besonders sichtbar und wirkmächtig wird: In ihr manifestiert sich eine historische Kontinuität, die eine Erklärung für die bis in die Gegenwart reichende gewaltsame politische Fragmentierung und die tiefe gesellschaftliche Polarisierung liefert.

80 Vgl. Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 47.

Um sich der Begrifflichkeit des inneren Feindes definitorisch zu nähern, muss prinzipiell eine Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Feindschaft vorgenommen werden. Die Bezeichnung 'äußerer Feind' konzentriert sich prinzipiell auf einen Gegner, der sich als territorial außenstehender politischer Körper, in den meisten Fällen in der Form eines Staates, repräsentiert und insofern in einem reziproken Verhältnis zu seinem feindlichen Referenzsubjekt steht, als er ähnliche Funktionen und Anforderungen besitzt. Als Souverän ist der äußere Feind zudem in der Lage, gleichermaßen Narrative der Feindschaft zu produzieren beziehungsweise eigenständig die Unterscheidung zwischen Freund und Feind vorzunehmen.

Dementgegen zielt der Terminus des inneren Feindes darauf ab, einen Gegner zu beschreiben, der territorial innerhalb einer politischen Einheit – in der Regel ebenfalls einem Staat – steht, jedoch in politischer, kultureller oder sozialer Hinsicht als außenstehend wahrgenommen wird. Aus Sicht der etablierten Ordnungsgewalt ist der innere Feind im Gegensatz zum äußeren Feind kein Teil eines anderen oder fremden Gemeinwesens, sondern repräsentiert innerhalb der eigenen territorialen Grenzen und innerhalb des eigenen politischen Verbandes Gruppen oder Individuen, die nicht die Kriterien erfüllen, am 'normalen' Leben des soziopolitischen *status quo* teilzunehmen, und deshalb zu *outlaws* erklärt und bekämpft werden.

Die Bedrohungsmomente, die dem inneren Feind zugerechnet werden, können durch zwei Narrative unterschiedlichen Gehaltes reproduziert werden, welche sich in der Realität oftmals überschneiden: Der Feind kann in dem Maße als Bedrohung für das Innenleben einer politischen Einheit wahrgenommen werden, wie er entweder als existenziell fremdartig oder als Agent eines äußeren Feindes dargestellt wird. Während der Feind im ersten Fall aufgrund seiner Fremdartigkeit außerhalb des Gemeinwesens gestellt wird, agiert er im zweiten Fall insofern im Inneren des Gemeinwesens, als ihm eine politische Bedeutung durch die unterstellte Unterstützung außenstehender feindlicher Kräfte beigemessen wird.<sup>81</sup>

Im Kontext des guatemalteckischen Bürgerkrieges können beide Feindschaftsnarrative erfasst werden: Wenn einerseits eine Freund-Feind-Unterscheidung durch die Militärregime entlang ethnischer Linien vorgenommen wurde, was sich besonders intensiv in Massakern und Bombardements indigener Dörfer materialisierte, wurden die Unterscheidungskriterien auf der Grundlage der

---

81 Vgl. Barker 2007: *Making enemies*, S. 75.

Überhöhung indigener Fremdheit und Andersartigkeit abgeleitet. Dem Indigenen als Feind wurde in diesem Zusammenhang eine minderwertige Existenz zugesprochen, die der Überlegenheit der eigenen ethnischen Gruppe der Mestizen – im guatemalteckischen Kontext *Ladinos* genannt – gegenübergestellt wurde.<sup>82</sup> Erst durch die existenzielle Entfremdung des *Anderen* konnte der Indigene zum inneren Feind erklärt und außerhalb der Sphäre des Gemeinwesens gestellt werden. Der guatemalteckische Historiker Arturo Taracena (2004) spricht parallel dazu vom Rückgriff auf eine Strategie, die das Ziel verfolgt, eine *Entbürgerlichung* – *la descuidadanización* – des Indigenen zu erreichen<sup>83</sup>, was letztlich auf die Aberkennung bürgerlicher Grundrechte abstellt und daher auf einer ähnlichen Bedeutungsebene steht, wie die durch Carl Schmitt verwendete Begrifflichkeit der „*hors-la-loi* – Setzung“.<sup>84</sup>

Andererseits wurde im Gegensatz dazu hinsichtlich der Frontstellung zwischen Militärregime und marxistisch-leninistischer Guerilla der innere Feind über seine ideologische Andersartigkeit definiert, wobei er auf beiden Seiten in dem Maße als integrierter Bestandteil des Gemeinwesens wahrgenommen wurde, wie er als politischer Akteur in Erscheinung trat. Jedoch zeigt sich dabei besonders im Hinblick auf die Logik des Ost-West-Konflikts, wie dem inneren Feind zugleich unterstellt wurde, ein Repräsentant externer feindlicher Absichten zu sein: Während die Militärregime die Guerilla als reale Bedrohung im Kontext des Sowjetkommunismus verstanden<sup>85</sup>, sahen die Revolutionäre in den Funktionalen des Militärstaates Vasallen des *Yankee – Imperialismus*.

Darüber hinaus lässt sich die Abgrenzung zwischen äußerer und innerer Feindschaft noch stärker im Wirkungsfeld des Staates als ordnungsgebende und -erhaltende politische Einheit verorten, wie dies bei Carl Schmitt zum Ausdruck

82 Vgl. Torres 2004: „*Constructing the threat of insurgency*“, S. 12. Siehe dazu ausführlich Teil II, Kap.1.1.

83 Taracena 2004: *Etnicidad, estado y nación en Guatemala, 1944–1985*, S. 157.

84 Vgl. Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 47.

85 Dieses Feindbild zeigt sich besonders eindrücklich auf einem Propagandabild, das durch das guatemalteckische Militär in den 1980er-Jahren in den ländlichen Regionen verteilt wurde. Darauf zu sehen ist eine etwas naiv anmutende Zeichnung, die eine indigene Frau und einen Guerillero wiedergibt, wobei insgesamt an die Indigenen appelliert wird, Angehörige der Guerilla zu denunzieren. Der abgebildete Guerillero wird dabei in Relation zu der Indigenen als übergroßes Unwesen dargestellt. Er trägt zerrissene Kleidungsstücke, lange ungepflegte Haare und besitzt schmutzige lange Krallen, die er in einer bedrohlichen Geste empor hebt. Auf seinem Körper sind neben den Abkürzungen der wichtigsten Guerillaeinheiten Guatemalas Hammer und Sichel als Symbol des sowjetrussischen Kommunismus dargestellt.

kommt. Wenn als Voraussetzung für das Moment äußerer Feindschaft das Vorhandensein einer souveränen politischen Einheit genannt wird, die, über ein *jus belli* verfügend, die Kapazität besitzt, kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und zu bekämpfen,<sup>86</sup> so gilt für den inneren Feind insofern das Gegenteil, als er auf einen generellen Ordnungsverlust verweist.

Wenn der Staat als politische Einheit seine Fähigkeit verliert, innerstaatliche Gegensätzlichkeiten zu relativieren, entfalten sich diese frei und erlangen gemäß Schmitt eine stärkere Intensität als eine gemeinsame außenpolitische Feindschaft gegen einen fremden Staat:

„Wenn innerhalb eines Staates die parteipolitischen Gegensätze restlos 'die' politischen Gegensätze geworden sind, so ist der äußerste Grad der 'innerpolitischen' Reihen erreicht, d.h. die innerstaatlichen, nicht die außenpolitischen Freund- und Feindgruppierungen sind für die bewaffnete Auseinandersetzung maßgebend. Die reale Möglichkeit des Kampfes, die immer vorhanden sein muß, damit von Politik gesprochen werden kann, bezieht sich bei einem derartigen 'Primat der Innenpolitik' konsequenterweise nicht mehr auf den Krieg zwischen organisierten Völkereinheiten (Staaten oder Imperien) sondern auf den *Bürgerkrieg*.“<sup>87</sup>

Das bedeutet, dass die Herausbildung einer inneren Feindschaft, wie sie sich in einem Bürgerkrieg äußert, als Produkt struktureller Schwäche staatlicher Ordnungsfunktionen begriffen werden kann: Da der Staat nicht mehr in der Lage ist, die innere Ordnung durch die Pazifizierung des sozialen, politischen oder ökonomischen Verkehrs zu gewährleisten, steigern sich die inneren Gegensätzlichkeiten insoweit, als eine *wirkliche Feindschaft* zwischen den Interessenparteien möglich wird und damit der bewaffnete Kampf innerhalb der territorialen Einheit in Aussicht steht.

Im Fall Guatemalas schlägt sich die strukturelle Schwäche des Staates neben anderen Faktoren in der permanenten Abwesenheit von Maßnahmen zur Beseitigung sozialer Ungleichheit nieder, was eine historische Kontinuität gesellschaftlicher Ausgrenzung darstellt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass Guatemala während der Bürgerkriegsjahre von 1960–1980 das höchste wirtschaftliche Wachstum seiner Geschichte generierte, jedoch im gleichen Zeitraum auf zentralamerikanischer Ebene zu den Ländern mit den niedrigsten Sozialausgaben zählte.<sup>88</sup> In diesem Zusammenhang scheint sich die Reproduktion innerer

86 Vgl. Schmitt 1991: *Der Begriff des Politischen*, S. 45 f.

87 Ebd., S. 32. (Hervorhebung im Original)

88 Vgl. CEH; Bd. 1, 1999, S. 86.

Gegensätze vor allem darin widerzuspiegeln, dass das staatliche Leistungsspektrum nur auf die partikularen Interessen einer privilegierten Oberschicht zugeschnitten war, während der Großteil der Bevölkerung davon ausgeschlossen blieb. Die Folge dieser Entwicklung sozialer Ungleichheit war ein chronisches Legitimitätsdefizit des Staates, das bis in die Gegenwart fortwirkt.

Der hier beschriebene Partikularismus kann insofern als Faktor der Steigerung innergesellschaftlicher Feindschaft begriffen werden, als sich substaatlich organisierte bewaffnete Gruppen aufgrund der Verschärfung gesellschaftlicher Polarisierung zunehmend in ihrer Absicht bestätigt sahen, die bestehenden Ordnungsstrukturen zu zerstören, während der Staat gleichzeitig damit befasst war, die dadurch zu Tage tretende anomische Situation mit dem Einsatz von Gegengewalt in der Form von Aufstandsbekämpfung zu beantworten.

Dabei zeigt sich in Guatemala ein interessanter Wirkungszusammenhang zwischen innerer und äußerer Feindschaft: Indem sich die innergesellschaftliche Frontstellung soweit steigerte, dass sie in einen Bürgerkrieg mündete, verwandelte sich die Freund-Feind-Unterscheidung im Schmittschen Sinne in ein „Primat der Innenpolitik“. Dies ging damit einher, dass aufgrund der sich abzeichnenden Erosion staatlicher Ordnung, die sich sowohl in einem Legitimitätsdefizit als auch in einem fortschreitenden Souveränitätsverlust äußerte, die Möglichkeit der Verlagerung des Politischen auf ein Primat der Außenpolitik mittels der Bestimmung eines gemeinsamen äußeren Feindes verschwand.

In dieser Beobachtung manifestiert sich ein für die lateinamerikanischen Staaten zentrales Kriterium, das im grundsätzlichen Kontrast zur europäischen Staatsentwicklung steht: Das weitgehende Ausbleiben einer ernstzunehmenden außenpolitischen Feindschaft, was sich in der Region vor allem in einer geringen Anzahl zwischenstaatlicher Kriege niederschlägt.<sup>89</sup> Wenn im Gegensatz dazu in Europa gerade die Herausbildung außenpolitischer Rivalitäten im neuzeitlichen 17. und 18. Jahrhundert insofern ein zentrales Element moderner Staatsentwicklung war, als dadurch souveräne territoriale Einheiten entstanden, zeigt sich in Lateinamerika, dass die Dominanz innenpolitischer Frontstellungen einen letztlich chronischen Souveränitätsmangel bewirkt hat.<sup>90</sup>

Demgemäß hat auch in Guatemala die Bürgerkriegssituation den Zerfall des innerstaatlichen Ordnungsgefüges auf Dauer befördert, wodurch die Unterschei-

---

<sup>89</sup> Vgl. Riekenberg 2014: *Staatsferne Gewalt*, S. 94.

<sup>90</sup> Vgl. Waldmann 2002: *Der anomische Staat*, S. 35, 150.

dung zwischen *Innen* und *Außen* fragwürdig wurde, was sich bis heute in der Permeabilität der staatlichen Außengrenzen niederschlägt. Im Zuge des Bürgerkrieges wurde die territoriale Integrität des guatemaltekischen Staates in mehrerer Hinsicht herausgefordert, was sich insgesamt destabilisierend auf den regionalen Kontext auswirkte. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise die Unkontrollierbarkeit transnationaler Flüchtlingsströme, die sich größtenteils nach Mexiko richteten und dort von den Behörden als Bedrohung für die innere Sicherheit wahrgenommen wurden. Da ein Großteil der geflohenen Bevölkerung als Unterstützungsmasse der Guerilla aufgefasst wurde, überschritten die guatemaltekischen Streitkräfte die Landesgrenzen, um im mexikanischen Chiapas den Kampf gegen die Zivilbevölkerung fortzuführen. Grundsätzlich müssen diese grenzüberschreitenden Kampfhandlungen als Verletzung internationalen Rechts begriffen werden, da sie durch die mexikanische Regierung nicht autorisiert wurden.<sup>91</sup>

Ein weiterer Aspekt, durch den die territoriale Desintegration zum Ausdruck kommt, ist die Herausbildung einer Bürgerkriegsökonomie, die insoweit die organisierte Kriminalität der Gegenwart befördert hat, als sie einerseits die infrastrukturelle Voraussetzung des Handels mit illegalen Gütern geschaffen hat und andererseits dazu beitrug, die Fragmentierung des staatlichen Gewaltmonopols durch den sukzessiven Aufbau lokaler Gewaltoligopole voranzutreiben. So zeigt sich in Guatemala, dass die Guerilla beispielsweise Waffen und militärische Ausrüstung auf zentral- und nordamerikanischen Schwarzmärkten bezog, wobei die finanziellen Ressourcen dafür aus Erpressungen und Raubüberfällen stammten.<sup>92</sup> Zudem bildeten sich bereits zu Beginn der 1980er-Jahre, als die Aufstandsbekämpfung ihren blutigen Höhepunkt erreichte, erste Netzwerke des organisierten Verbrechens, die einen regen Drogenhandel etablierten. Besonders gegen Ende des Bürgerkrieges, als die Streitkräfte zunehmend mit der Schwierigkeit konfrontiert waren, für die finanziellen Kosten der Aufstandsbekämpfung aufzukommen, generierte das Militär neue Einkommensquellen, indem es den Drogenschmuggel durch die Bereitstellung von Infrastruktur sowie die Sicherung der Transportrouten unterstützte.<sup>93</sup>

---

91 Vgl. Brett 2007: *Una guerra sin batallas*, S. 206 ff.

92 Vgl. Kruijt 2008: *Guerrillas*, S. 87.

93 Vgl. Kruijt 2011: *Drogas, democracia y seguridad*, S. 27.

Fasst man diese Beobachtungen zusammen, so lässt sich daraus Folgendes ableiten: Der Ordnungsverlust, der durch eine innerstaatliche Feinderklärung hervorgerufen werden kann, bewirkt einen Souveränitätsverlust des Staates, der die Möglichkeit der Bestimmung eines äußeren Feindes tendenziell unmöglich macht und zudem die Erosion staatlicher Gewaltmonopolisierung über die Bürgerkriegszeit hinaus bewirkt, was auf Dauer eine anomische Situation verursacht. Prinzipiell ist dabei ein reziproker Zusammenhang zwischen innerer Feindschaft, staatlichem Souveränitätsverlust und Anomie zu beobachten, der eine zirkuläre Eigendynamik aufweist, in der sich die einzelnen Elemente gegenseitig bedingen, bestärken und insofern in Raum und Zeit ausdehnen, als sie über formelle Friedensabkommen zur Beendigung von Bürgerkriegen hinaus fortwirken und im Kontext transnationaler Gewaltökonomien ganze Regionen destabilisieren. Dieses inhärente Wirkungsgefüge kann mitunter auch als Grund dafür angeführt werden, weshalb innerstaatliche Kriege im Gegensatz zu zwischenstaatlichen Kriegen gesellschaftliche Entwicklungspotenziale über Jahrzehnte verlangsamen oder, wie im Fall Guatemalas zu beobachten ist, gänzlich blockieren.<sup>94</sup>

Wendet man sich nun der Frage zu, wer im guatemalteckischen Bürgerkrieg den Status des inneren Feindes einnahm, so ist dabei im Hinblick auf die Feinddefinition, wie sie im *Manual de Guerra Contrasubversiva*<sup>95</sup> durch das reguläre Militär festgeschrieben wurde, zunächst festzustellen, dass bei der Definition des Feindes keine Trennung zwischen bewaffneten und unbewaffneten Akteuren vorgenommen wurde. Vielmehr bezog sich die Feinddefinition auf solche Gruppen und Individuen, die unabhängig vom Einsatz ihrer Mittel die bestehende Ordnung in Frage stellten. Während der erste Teil der Abgrenzung explizit an die revolutionäre Guerilla adressiert war, bot der zweite Teil einen Interpretationsspielraum, durch den ebenso Segmente der unbewaffneten Zivilbevölkerung unter das Konzept des inneren Feindes subsumiert werden konnten.<sup>96</sup> Gleiches zeigt sich in den 1982 implementierten Militärplänen *Plan Nacional de Seguridad y Desarrollo* (PNSD) sowie dem *Plan de Campaña 'Victoria 82'*, wenn darin die Bevöl-

94 Vgl. Münkler 2006: *Der Wandel des Krieges*, S. 175.

95 Es liegen keine gesicherten Informationen darüber vor, in welchem Jahr das vormalig geheime Dokument *Manual de Guerra Contrasubversiva* erschienen ist. Im Folgenden wird eine unveränderte Version aus dem Jahr 1980 als Quelle herangezogen, die aus den Archivbeständen des *Centro de Investigaciones Regionales de Mesoamérica* (CIRMA) in Antigua/Guatemala besorgt wurde. Siehe dazu Teil II, Kap. 2.3.

96 Vgl. Ejército de Guatemala 1980: *Manual de Guerra Contrasubversiva*, S. 2.



kerung als primäres Angriffsziel militärischer Operationen begriffen wurde,<sup>97</sup> wobei die bewusste Aufhebung der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten als strategische Disposition der Aufstandsbekämpfung zu verstehen ist.<sup>98</sup>

Wenngleich durch die guatemalteken Streitkräfte die militärische Intervention in den zivilen Raum immer mit dem Verweis auf die Bekämpfung des *wirklichen* Feindes – der Guerilla – gerechtfertigt wurde, so materialisiert sich darin die Angleichung regulärer Kriegführung an die Irregularität des Partisanenkampfes, wie er sich über Jahrzehnte in Guatemala zutrug. In dieser Hinsicht drückt die Metaphorik Mao Tse-Tungs, derzufolge sich der Guerillero in der Bevölkerung wie ein Fisch im Wasser bewegen solle, und ihre durch die Strategen der Aufstandsbekämpfung vorgenommene konsequente Umkehr, den Fisch trocken zu legen, wenn man ihn fangen will, einen zentralen Aspekt irregulärer Kriegführung und innerstaatlicher Feindschaft aus: Die Zivilbevölkerung avanciert sowohl für die regulären Streitkräfte als auch für die Revolutionäre zur entscheidenden Ressource der Kriegführung. Während die Zivilisten durch die Guerilla insoweit als potenzielle Freunde aufgefasst werden, wie sich die Revolutionäre von ihnen politische, militärische und ökonomische Unterstützungsleistungen erhoffen, erklären die regulären Streitkräfte die Zivilbevölkerung zum potenziellen Feind, da sie in ihr Verbündete der Partisanen auszumachen meinen.

Die freundschaftliche Beziehung zwischen Zivilbevölkerung und Guerilla lässt sich beispielsweise am Kommentar eines ehemaligen Guerillero der revolutionären Organisation EGP verdeutlichen, der erklärt:

„Ab Mitte der Siebziger Jahre haben wir damit angefangen, öfter in die Gemeinden des Ixcán zu gehen. Wir sind nicht in alle Siedlungen gegangen aber in diejenigen, die strategisch wichtig waren. So kamen wir dann dort sehr einfühlsam an und haben mit den Leuten gesprochen. Bei den ersten Besuchen haben wir darum gebeten, soweit es möglich war, Nahrungsmittel zu kaufen, Mais, Tortillas. (...) Wir haben versucht gute Beziehungen zu ihnen [den Dorfbewohnern] aufzubauen, Vertrauenspersonen zu gewinnen und gleichzeitig Vertrauen zwischen uns und der Bevölkerung herzustellen.“<sup>99</sup>

97 Vgl. Schirmer 1999: *Las intimidaciones del proyecto político de los militares en Guatemala*, S. 88.

98 Siehe dazu ausführlich Teil II, Kap. 2.3.

99 Zitiert nach Brett 2007: *Una guerra sin batallas*, S. 37.

Gegenteiliges zeigt sich im Fall der guatemaltekischen Streitkräfte, wenn ein ehemaliger Hauptmann, der Anfang 1982 in San Juan Cotzal stationiert war, in Bezug auf die dort lebende bäuerliche indigene Bevölkerung bekräftigt:

„Wir [das Militär] verstehen das Problem: Hier sind alle Teil der Guerilla. Es gibt eine Möglichkeit (*sic*): Sie [die Zivilisten] spielen mit uns oder sie spielen mit denen [der Guerilla]. Es ist deren Entscheidung. (...) Wenn sie sich dazu entscheiden mit denen zu spielen, dann sind sie meine Feinde und ich werde Waffen benutzen, um sie zu bekämpfen.“<sup>100</sup>

Im Hinblick auf diesen Zusammenhang wird deutlich, dass der Beziehung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung ein zentraler Stellenwert beizumessen ist. Daher muss hervorgehoben werden, dass sowohl die Guerilla als auch die regulären Streitkräfte auf die strategische Bewaffnung von Zivilisten zurückgegriffen haben, wodurch der Nichtkombattanten-Status letzterer grundsätzlich prekär geworden ist.<sup>101</sup>

Vor diesem Hintergrund scheint es, als würde der Dialektik der zivil-militärischen Kriegführung insgesamt eine Eigentümlichkeit zu Grunde liegen, welche auf die Ubiquität der inneren Feindschaft verweist: Die zivile Sphäre wird durch die kriegführenden Subjekte insofern als operativer Mittelpunkt der Kriegführung umgedeutet, als dort über Sieg oder Niederlage entschieden wird. Pointiert: Derjenige, der es vermag, strategische Kontrolle über die Zivilbevölkerung auszuüben, entscheidet den Krieg für sich.

Allerdings muss hierbei bedacht werden, dass das militärische Eindringen in den zivilen Raum als Grundmerkmal der Irregularität des Partisanenkampfes zu verstehen ist. Nicht der reguläre Gegner verlegt den Kampf in das Innere der zivilen Sphäre, sondern der Partisan. Dabei wird die Zivilbevölkerung zwangsläufig in den Krieg gezogen und insoweit als Semi-Kombattant wahrgenommen, wie von ihrer Unterstützung die „materiellen Existenz- und Unterhaltsbedingungen“ der Guerilla abhängen.<sup>102</sup>

Der Partisan kann ohne die Zivilbevölkerung nicht existieren. Sie wird zu seinem „Lebenselixier“, insofern sie den irregulären Kämpfern eine Versorgungsinfrastruktur für den Schmuggel und Handel von Waffen, Nahrungsmittel,

100 Zitiert nach Schirmer 1999: *Las intimidaciones del proyecto político de los militares en Guatemala*, S. 98.

101 Vgl. Brett 2007: *Una guerra sin batallas*, S. 41, 92 ff.

102 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 162.

Medikamenten sowie neuen Kämpfern bereitzustellen vermag.<sup>103</sup> Zudem bietet die Zivilbevölkerung einen strategischen Rückzugsort, der die Partisanen vor den Angriffen des regulären Militärs schützt. Der irreguläre Kämpfer wird dann zu einer ernstzunehmenden Herausforderung für das reguläre Militär, wenn es ihm gelingt, die Zivilbevölkerung auf seine Seite zu bringen.<sup>104</sup>

Wenn im Zusammenhang dieses Wirkungsgeflechts kriegerischer Auseinandersetzung zwischen regulären und irregulären Kombattanten die Logik asymmetrischer Kriegführung in den Vordergrund tritt, so zeigt sich im Fall Guatemalas auch die spezifische Unterscheidbarkeit zwischen einer *Asymmetrie der Schwäche* und einer *Asymmetrie der Stärke*. Wie gezeigt werden konnte, vermag es der revolutionäre Kämpfer, indem er die zivile Sphäre beschreitet, sich eine tendenzielle *Unerkennbarkeit* zu Eigen zu machen. In der Folge gelingt es ihm, dem offenen Gefecht gegen einen waffentechnisch überlegenen regulären Gegner zu entgehen und den Krieg in Raum und Zeit auszudehnen. Darin manifestiert sich die *Asymmetrie der Schwäche*, die sich insbesondere im Partisanenkampf niederschlägt, der daher prinzipiell auf einer defensiven Kampfweise beruht, die darauf abstellt, den Gegner zu zermürben, ohne selbst in das feindliche Territorium vorzurücken. Im Gegensatz dazu zielt die *Asymmetrie der Stärke*, wie sie bei regulären Streitkräften zu finden ist, darauf ab, neue Räume der Kriegführung zu erschließen, in die der Feind aufgrund seiner technologischen Unterlegenheit nicht folgen kann, wodurch eine tendenzielle *Unerreichbarkeit* bezweckt werden soll. Während sich die Strategien zur Herstellung von *Unerkennbarkeit* und *Unerreichbarkeit* gegenüberstehen, zielen beide Arten der Asymmetrisierung der Kriegführung auf die eigene *Unverwundbarkeit* ab.<sup>105</sup>

Dabei ist hervorzuheben, dass durch die militärische Reaktion auf die Strategie des asymmetrisch Schwächeren oftmals die unbewaffnete Zivilbevölkerung in die Waagschale des Krieges geworfen wird: Wie der Fall Guatemala zeigt, führen Bürgerkriege, in denen die bestehende staatliche Ordnung durch militärische Angriffe irregulärer Kampfeinheiten bedroht wird, in den meisten Fällen zur systematischen Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung. Dabei geht es darum, die Versorgungslinien der Partisanen in der Bevölkerung abzuschneiden,

---

103 Münkler 2006: *Der Wandel des Krieges*, S. 73.

104 Vgl. Hahlweg 1968: *Guerrilla*, S. 218 f.

105 Vgl. Münkler 2006: *Der Wandel des Krieges*, S.141. Siehe dazu auch Teil III, Kap. 1.2.

wodurch die irregulären Verbände gezwungen werden, sich der Kenntlichkeit preiszugeben und damit der militärischen Niederlage auszusetzen.<sup>106</sup>

Wendet man sich unter dem Eindruck dieser Zusammenhänge erneut der Frage zu, wem in Guatemala der Status des inneren Feindes zugeschrieben wurde, so muss dabei die jeweilige Perspektive und unterschiedliche Strategie der asymmetrisch kriegführenden Parteien beachtet werden. Dennoch oszilliert das Problem innerer Feindschaft immer im Wirkungsgefüge zwischen dem Staat und seinem Gegenspieler, dem substaatlichen Gewaltakteur, der sich im politischen Feld als Partisan zu erkennen gibt.<sup>107</sup> Während der Partisan sich unterhalb der staatlichen Sphäre verortet, die bestehende politische Ordnung nicht als die seine akzeptiert und versucht den innerstaatlichen Geltungsbereich zu zerstören, erklärt er demjenigen die Feindschaft, der für den Erhalt der inneren Ordnung eintritt, die sich an der territorialen Geschlossenheit eines staatlichen Einheitsverbandes orientiert. Da der Partisan grundsätzlich eine *existenzielle Auffassung* des Krieges vertritt, die mit sich bringt, dass sich die Feinderklärung ebenso wenig wie die Gewaltanwendung an einer bestehenden Ordnung legitimieren lässt, findet er den Sinn seines politischen Wesens in der Wirklichkeit der Feindschaft,<sup>108</sup> die sich zwar auf eine bestehende Staatlichkeit bezieht, jedoch aus einer jenseits des staatlichen Geltungsbereichs liegenden Freund-Feind-Unterscheidung geschöpft wird.

„In der Feindschaft sucht der rechtlos Gemachte sein Recht. In ihr findet er den Sinn der Sache und den Sinn des Rechtes, wenn das Gehäuse von Schutz und Gehorsam zerbricht, das er bisher bewohnte, oder das Normengewebe der Legalität zerreißt, von dem er bisher Recht und Rechtsschutz erwarten durfte.“<sup>109</sup>

In diesem Moment existenzieller oder *wirklicher Feindschaft*, wie sie nur der Partisan kennt und lebt, liegt der Gehalt seines politischen Wesens – in ihr findet er die Antwort auf die Frage nach der eigenen Existenz. Erst dadurch wird er zu einem ernstzunehmenden inneren Feind für seinen staatlichen Gegenspieler, der nunmehr die etablierte Staatlichkeit aus ihrem Inneren heraus gefährdet sieht. Der reguläre staatliche Akteur sieht sich durch die Irregularität des Partisanen herausgefordert, wobei die militärische Beantwortung der *existenziellen Auffassung* des Krieges, wie sie letzterer vertritt, den Gewaltgebrauch im Bürger-

106 Vgl. ebd., S. 72.

107 Vgl. Loibl 1990: „*Revolution, Rache, Raub*“, S. 287.

108 Vgl. Llanque 1990: „*Ein Träger des Politischen nach dem Ende der Staatlichkeit*“, S. 70.

109 Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 92.

krieg soweit intensiviert, dass die Feindschaft auf jeden Fall *real*, wenn nicht sogar *absolut* wird.

Dabei treten die beiden Konzeptionen innerer Feindschaft in Abhängigkeit zu den unterschiedlichen Perspektiven ihrer Urheber hervor, wobei gleichzeitig die Verwirrung im Feindbegriff selbst zum Vorschein kommt, die Carl Schmitt bereits angesprochen hat:<sup>110</sup> Während sich für den Partisan der innere Feind als die eigene Frage als Gestalt darstellt, aus deren Beantwortung die eigene politische Größe hervorgeht, repräsentiert er für den Staat, der diese Frage bereits beantwortet hat, eine existenzielle Bedrohung als Ordnungsbrecher – die radikale Infragestellung der eigenen Gestalt.

### **1.3 Der Partisan als innerer Feind: Kämpfer um Tradition oder revolutionäre Erneuerung**

Die bisher gemachten Beobachtungen zeigen, dass in der politischen Sphäre die Begriffe Partisan und innerer Feind eng miteinander verknüpft sind. Der Partisan steht als substaatlich organisierter bewaffneter Akteur gewissermaßen im Zentrum innenpolitischer Feindschaft, da er zur Durchsetzung eines eigenen politischen Programms dem Staat den Krieg erklärt. Wie auch der Fall Guatemala in aller Deutlichkeit zeigt, muss der Figur des Partisanen daher ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, wenn die politische Tragweite der inneren Feindschaft beleuchtet werden soll. Somit ist zunächst die Frage nach der spezifischen Gestalt dieses Kämpfers zu fokussieren, um festzustellen, ob auf der Grundlage der jeweiligen Motivationen, den bewaffneten Kampf als Partisan aufzunehmen, überhaupt von einer einheitlichen Abgrenzung ausgegangen werden kann. Um die Erklärungskraft der theoretischen Konzepte an der Realität zu überprüfen und gegebenenfalls theoretische Modifikationen vornehmen zu können, werden die Überlegungen im Folgenden in den Kontext des guatemalteckischen Bürgerkrieges gestellt. Grundsätzlich ergibt sich im Hinblick auf die begriffliche Abgrenzung des Partisanen eine Schwierigkeit, die seinem Wesen bereits inhärent zu sein scheint: Der Partisan ist definitorisch kaum zu erfassen, weil er ein Meister der Camouflage ist. Er operiert aus der Unkenntlichkeit heraus und weist im Kampf gegen einen regulären Gegner eine erhöhte Anpassungsfähigkeit an seine

---

110 Vgl. ebd., S. 88.

Kriegführung auf. Dadurch, dass er sich den zivilen Raum zu eigen macht, gelingt es ihm, in völliger Klandestinität zu operieren, einen raschen strategischen Wechsel zwischen Angriff und Rückzug zu vollziehen und seine Erscheinungsform nach Belieben zu ändern.<sup>111</sup> Rolf Schroers (1961) hebt diese Problematik treffend hervor, wenn er schreibt:

„Der Partisan, von dem so schrecklich viel geredet wird – überall taucht er auf und belebt die politische Landschaft –, wie eindeutig erscheint er doch. Und Eindeutigkeit ist der Sinn seiner direkten Aktion. Aber weit gefehlt, er ist ein Chamäleon, kaum hat man ihn irgendwo positiv erwischt, wechselt er Namen und Art.“<sup>112</sup>

In seinem chamäleonartigen Charakter konstituiert sich wohl das zentrale Wesensmerkmal des Partisanen, aber zugleich auch eine Schwierigkeit, die seiner Unverortbarkeit durch seine Gegenspieler entspringt: Bisweilen sind an ihm nicht nur Militärstrategen bei der Entwicklung geeigneter Methoden zur Bekämpfung partisanischer Gewalt gescheitert, sondern ebenso Theoretiker, die den Versuch unternommen haben, eine tragfähige Theorie des Partisanen zu konzipieren. In der Folge wurde der Partisan, wie sich in Guatemala eindrücklich zeigt, nicht nur durch reguläre Streitkräfte aufgrund der militärischen Nichtunterscheidbarkeit zwischen Kombattant und Nichtkombattant im Rahmen großflächiger Vernichtungsfeldzüge bekämpft, sondern gleichfalls zum Opfer einer wissenschaftlichen Strategie, die darauf abzielte, ihn schlichtweg hinwegzudefinieren.<sup>113</sup>

Wenn der Eindruck entsteht, dass es tendenziell unmöglich ist, die Wesensmerkmale des Partisanen in einer universellen Abgrenzung festzuschreiben, dann ist dies darauf zurückzuführen, dass seine Identität infolge ständiger Anpassungsstrategien in militärischer Hinsicht durch *Hybridität* gekennzeichnet ist. In der Realität bedeutet dies, dass der Partisan seine Kampfweise den jeweiligen praktischen Gegebenheiten seines Operationsgebietes angleicht und daher auch nicht von einem einheitlichen Typus des Partisanenkampfes gesprochen werden kann.<sup>114</sup>

Doch zudem zeigt sich auf der politischen Ebene, dass der Partisan nur schwer fassbar ist, wenn er als Kämpfer für eine revolutionäre Idee in Erschei-

111 Vgl. Münkler 1990: „*Die Gestalt des Partisan*“, S. 14 f.; Heuser 2013: *Rebellen, Partisanen, Guerrilleros*, S. 43 f.

112 Schroers 1961: *Der Partisan*, S. 7.

113 Vgl. Münkler 1990: „*Die Gestalt des Partisan*“, S. 7.

114 Vgl. Hahlweg 1968: *Guerilla*, S. 213.

nung tritt, was auf seinen *transitorischen Charakter* zurückzuführen ist. Dies kommt vor allem bei Mao Tse-Tung und Che Guevara zum Tragen, wenn sie den Partisanenkampf als Durchgangsphase erfassen, in deren Folge die Formierung der eigenen Staatlichkeit stehen soll. Dementsprechend bemisst sich die militärische Stärke des Partisanen an seiner Fähigkeit, ohne vorausgesetzte Staatlichkeit zu operieren. Indes erlangt die Beziehung mit der Bevölkerung, die der Partisan während dieses Durchgangsstadiums des Kampfes unterhält, eine Bedeutung, die in funktionaler Hinsicht äquivalent zu dem Versorgungsverhältnis zwischen Staat und regulären Streitkräften steht. Dennoch hängt der Erfolg des Partisanenkrieges letztlich nicht von der militärischen Entscheidung ab, sondern prinzipiell von der organisatorischen Kapazität der Partisanen selbst, die zu ihrem Wesen gehörende Irregularität nach Ablauf der Kampfphase in eine funktionale Regularität zu überführen. Dazu muss die Herausforderung bewältigt werden, die überwiegend *polykephalen* – also eine lose Kommandostruktur aufweisenden – Guerillaverbände aus der zivilen Sphäre abzuziehen und sie, unter der Voraussetzung der Etablierung hierarchisch *monokephaler* Organisationsstrukturen, in reguläre Streitkräfte zu transformieren, die sich in das Gefüge von Staatlichkeit integrieren lassen. Wenn sich in diesem Übergang vom irregulären Guerillakämpfer zum regulären Soldaten der transitorische Charakter des Partisanen manifestiert, wie ihn Mao Tse-Tung und Che Guevara im Blick hatten, so stand für sie damit seine politische Identität grundsätzlich außer Frage.<sup>115</sup>

Obwohl durch die Kategorisierung des Partisanen als *militärisch hybrid* und *politisch transitorisch* die Schwierigkeiten bei der Definition dieses Kämpfertypus deutlich werden, zeigt sich gleichzeitig, dass es dennoch möglich ist, gewisse Aussagen über seine Gestalt zu treffen, die den sozialwissenschaftlichen Gebrauch des Begriffs rechtfertigen und ihn daher für die Diskussion um den inneren Feind fruchtbar werden lassen. Allerdings setzt die Verwendung der Begrifflichkeit voraus, dass der spezifischen Gestalt des Partisanen Rechnung getragen wird, was damit einhergeht, statt einer Definition im streng wissenschaftlichen Sinne eine Beschreibung seiner qualitativen Eigenschaften vorzunehmen.

Demgemäß hat Carl Schmitt in seiner *Theorie des Partisanen* (1963) ein Konzept geschaffen, das es ihm möglich machte, die Figur des Partisanen anhand der Feststellung von vier Wesensmerkmalen deskriptiv einzukreisen. Erstens ist der Partisan ein *irregulärer Kämpfer*: Seine Irregularität kommt darin

---

115 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 114 f.

zum Ausdruck, dass er in der Regel nicht einheitlich uniformiert ist, seine Waffen meist verdeckt trägt und sich nicht als Kombattant zu erkennen gibt. Sein Angriffsziel ist der reguläre Soldat, den er zum Feind erklärt hat. Zweitens besitzt der Partisan im Gegensatz zu anderen irregulär bewaffneten Gruppen, wie Banditen, Räubern oder Söldnern, ein *intensiv politisches Engagement*, das den vorrangig wirtschaftlichen Motiven letzterer grundsätzlich entgegensteht. Wenn Schmitt dabei generell betont, dass die politische Tragweite des Partisanenbegriffs bereits in seinem Ursprung zu finden sei, da er sich auf das Wort Partei beziehe und der Partisan daher als Parteigänger an einer politischen Front kämpfe, so führt er im Spezifischen die politische Orientierung auf eine revolutionäre Disposition der Kämpfer zurück. Das dritte Merkmal manifestiert sich in der *gesteigerten Mobilität* des Partisanen, die es ihm erlaubt, einen schnellen Wechsel zwischen Angriff und Rückzug zu vollziehen, was durch Technisierung und Motorisierung weiterhin verstärkt und befördert wird. Die vierte Eigenschaft, die Schmitt zur Beschreibung des Partisanen einführt, ist sein *tellurischer Charakter*, der sich in seiner Verbundenheit mit dem Heimatboden, der autochthonen Bevölkerung sowie der geographischen Qualität des Landes niederschlägt. Schmitt meint vor allem in der *tellurischen* Bezogenheit die grundsätzlich defensive Einstellung partisanischer Identität ausmachen zu können, die sich in einer Begrenzung der Feindschaft äußert.<sup>116</sup>

Wenn Schmitt mit der Beschreibung dieser vier Wesensmerkmale ein weites Spektrum an Partisanengruppen in Betracht zog, das von den Widerstandskämpfern der napoleonischen Zeit bis hin zur revolutionären Entourage Mao Tse-Tungs und Ho Chi-Minhs sowie Che Guevaras und Fidel Castros reicht, so ist dabei grundsätzlich danach zu fragen, ob diese ganzheitliche Darstellung partisanischer Identität ohne Weiteres möglich ist: Kann tatsächlich von einem historisch übergreifend einheitlichen Kämpfertypus ausgegangen werden, wenn vom Partisanen die Rede ist? Oder verbergen sich hinter diesem Begriff unterschiedliche Erscheinungsformen eines trans-epochalen Phänomens?

Betrachtet man in dieser Hinsicht den Fall Guatemalas, so lässt sich zunächst feststellen, dass die revolutionären Partisanengruppen stets uneins waren, was die Frage der Integration indigener Kampfverbände in die eigenen Reihen anbelangte. Während für die Revolutionäre eine militärische Notwendigkeit darin bestand, die fokistisch operierenden Kampfkontingente quantitativ auszubauen,

---

116 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, 27 ff.



en,<sup>117</sup> was zwangsläufig die Rekrutierung indigener Kämpfer bedeutete, zeigt sich insbesondere bei den orthodox-marxistischen Guerillaorganisationen die Tendenz, indigene Rekruten als Instrument der Revolution zu begreifen und sie gemäß der eigenen Idee zu formieren und zu politisieren.<sup>118</sup> So zitiert Yvon Le Bot (1995) den ehemaligen Anführer der Guerillaorganisation *Ejército Guerrillero de los Pobres* (EGP), Mario Payeras, der erklärt haben soll:

„Die indigenen Bauern sind ein Werkstoff, der in die Gussform der Revolution gegossen werden muss. Es geht darum, sie mit den richtigen Ideen zu bewaffnen, ihnen ein rudimentäres Verständnis der nützlichsten Wissenschaft einzuschärfen: Derjenigen, die die Menschen lehrt, die Welt im Sinne der Revolution zu verändern.“<sup>119</sup>

Der in diesem Zusammenhang geführte Diskurs zwischen den unterschiedlichen Guerillaorganisationen stellt die sogenannte 'indigene Frage' – *la cuestion indígena* – in den Mittelpunkt. Daran lässt sich einerseits erkennen, dass die Revolutionäre entgegen einer weitverbreiteten Meinung nicht für die autochthone Bevölkerung einstanden und ebenso wenig ihrer ethnischen und historischen Identität Rechnung trugen.<sup>120</sup> Vielmehr sahen die sozialrevolutionären Kämpfer in der indigenen Bevölkerung ein Mittel zur Durchsetzung der eigenen politischen Zielsetzung, insofern es ihnen gelang, auf deren Versorgungsinfrastruktur und Mobilisierungspotenzial zurückzugreifen. Dabei erleichterte besonders Anfang der 1980er-Jahre die intensivste Aufstandsbekämpfung, die sich mit besonderer Härte gegen die indigene Bevölkerung richtete, die Rekrutierung neuer Kämpfer auf Seiten der Guerilla.<sup>121</sup>

Andererseits bringt die Frage, wie die Indigenen in die Reihen der Revolutionäre zu integrieren seien zum Ausdruck, dass die autochthonen Kämpfer zunächst nicht mit den gleichen Forderungen in den Krieg gegen das reguläre Militär eintraten wie erstere: Während die revolutionäre Vision überwiegend auf der marxistischen Idee des Klassenkampfes beruhte, wobei es darum ging, den bestehenden soziopolitischen *Status quo* gewaltsam zu brechen und eine neue politische Ordnung zu etablieren, verfolgten die indigenen Kämpfer, die sich den Guerillaorganisationen anschlossen, eine eigene Zielsetzung, die der Rückgewin-

117 Vgl. CEH, Bd. 1, 1999, S. 272.

118 Vgl. Le Bot 1995: *La guerra en tierras mayas*, S. 294.

119 Ebd., S. 119.

120 Vgl. ebd., S. 293.

121 Vgl. García 2011: „*Las Guerrillas y los mayas*“, S. 105.

nung enteigneter Ländereien und der Verteidigung tradierter kultureller Werte geschuldet war. Diesen Aspekt verdeutlicht ein indigener Guerillero, wenn er äußert:

„Die Wahrheit ist, dass es wirklich eine Notwendigkeit als ein 'Wir' als Indigene gibt, weil wir genau wissen, dass (...) wir mehr Werte besitzen und in der Überzahl sind, und genau so habe ich die Gespräche meiner Kameraden verstanden, das war der Moment, in dem ich den revolutionären Kampf aufgenommen habe.“<sup>122</sup>

Dass die bäuerlichen Kampfverbände eine eigene Motivation verfolgten, die sich in ihrem Kern von der revolutionären Gesinnung unterschied, zeigt sich darüber hinaus auch in dem mobilisierenden Leitspruch, der in vielen indigenen Gemeinden zu finden war: „La tierra es nuestra!“ – der Boden gehört uns – eine Parole, die wohl dazu beitrug, Tausende neuer Kombattanten für den bewaffneten Kampf zu rekrutieren.<sup>123</sup> Zentral waren in diesem Kontext vor allem die sozio-ökonomischen Spannungen, resultierend aus dem ungleichen Verhältnis zwischen den einflussreichen *Latifundien*, hinter denen eine dominante Schicht von Großgrundbesitzern stand, und den sogenannten *Minifundien*, die überwiegend durch indigene Kleinbauern bewirtschaftet wurden und in ökonomischer Hinsicht durch eine präkapitalistische Struktur gekennzeichnet waren.<sup>124</sup>

An diesem Aspekt wird ersichtlich, dass die Einforderung des autochthonen Landes ein essenzieller Grund für Indigene war, auf revolutionärer Seite in den Krieg einzutreten. Die Kernforderung jener Bauern, die sich dazu entschlossen, Partisanen zu werden, konstituierte sich somit im Gegensatz zu den Revolutionären in ihrer intensiven Beziehung zum Heimatboden, dessen existenzielle Bedeutung dann deutlich wird, wenn er gewissermaßen als Raum-Zeit-Kontinuum der indigenen Lebenswelt aufgefasst wird: Der Boden repräsentiert in diesem Kontext einerseits ein Ökosystem, das in räumlicher Hinsicht die materielle Existenzgrundlage der segmentär organisierten Gemeinschaft seit Generationen darstellt. Andererseits manifestiert sich in ihm auch eine temporäre Dimension, da er zum Träger eines transhistorischen Wirkungsgeflechtes wird. Denn die Heimat ist der Ort der Ahnen, an dem historische Narrative über die eigene Kultur geschaffen und generationsübergreifend überliefert werden.<sup>125</sup> Hierin konstituiert

122 Zitiert nach CEH, Bd. 2, 1999, S. 259.

123 Vgl. Taracena 2004: *Etnicidad, estado y nación en Guatemala, 1944–1985*, S. 372.

124 Vgl. García 2011: „*Las guerrillas y los mayas*“, S. 81 f.

125 Vgl. CEIDEC 1987: *Etnocidio o etnodesarrollo en Guatemala*, S. 129.

sich der im Sinne Schmitts *tellurische Charakter* des indigenen Kämpfers, der an sich eine defensive Einstellung im Hinblick auf den Erhalt traditioneller Werte verkörpert, was grundsätzlich einer offensiv revolutionären Auffassung gegenüber zu stehen scheint.

Obgleich hierbei zum Ausdruck kommt, dass die Motivation der Indigenen nicht politisch im Sinne der Forderung nach einer revolutionären Veränderung war, schließt dies nicht aus, dass sich jene bäuerlichen Partisanen, die nunmehr in den Reihen der orthodox-marxistischen Guerillatruppen kämpften, im Verlauf des Bürgerkrieges politisieren konnten, indem sie das revolutionäre Programm übernahmen und als ihr eigenes erklärten.

Freilich muss in diesem Zusammenhang auch beachtet werden, dass die revolutionären Guerilleros gerade mit der kontrollierten Ideologisierung der indigenen Bevölkerung eine politisch-militärische Strategie verbanden, die es möglich machte, letztere sukzessiv in den Krieg zu führen. Dies schlägt sich besonders in den groß angelegten revolutionären Mobilisierungskampagnen in ländlichen Gegenden – wie der guatemaltekischen Hochlandregion *Ixil* – nieder, die darauf ausgerichtet waren, neue Kämpfer zu rekrutieren. Darin zeigt sich vor allem, dass die Forderung der Indigenen nach Landbesitz aus der Sicht der Revolutionäre, wenn überhaupt, nur unter der Voraussetzung in Betracht gezogen werden konnte, dass sie in das revolutionäre Konzept integriert und diesem unterordnet wurde.<sup>126</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Betrachtungen wird erkenntlich, dass eine universalistische Typologisierung des Partisanen der Komplexität der Materie nicht gerecht wird: Somit versuchte Schmitt offenbar Widersprüchliches miteinander zu verbinden, als er napoleonischen Widerstandskämpfern sowie sozialrevolutionären Guerillas sowohl ein intensiv politisches Engagement im Sinne einer revolutionären Gesinnung als auch einen *tellurischen Charakter* zuschreiben wollte. Ähnlich wie die antinapoleonischen Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg, die zwischen 1808 und 1813 erfolgreich gegen die Invasion der regulären französischen Truppen auf Partisanenart kämpften, zeigen auch die Motivationen der indigenen *Maya*-Kämpfer während des guatemaltekischen Bürgerkrieges, dass sie zunächst nicht für eine revolutionäre Erneuerung einstanden, sondern das bleiben wollten, was sie waren, und sich gegen das Aufkrotyrieren politischer, ökonomi-

---

126 Vgl. Le Bot 1995: *La guerra en tierras mayas*, S. 127; Brett 2007: *Una guerra sin batallas*, S. 48 f.

scher und sozialer Modernisierungsprogramme zur Wehr setzten. Dabei manifestiert sich gerade in ihrem *tellurischen Charakter* das Ausschlusskriterium eines politischen Engagements im Sinne einer revolutionären Vision. Die indigenen Freischärler konstituierten sich daher vielmehr als „Katechonten der Modernisierung“,<sup>127</sup> wenn sie als Parteigänger der Konservierung einer traditionsbezogenen Ordnung auftraten: Sie waren *Partisanen der Tradition*,<sup>128</sup> insofern sie die eigene Autonomie behalten wollten und für das einstanden, was ihnen bereits durch die spanischen Eroberer streitig gemacht wurde – ihre autochthone Identität.

Demgegenüber lassen sich die *Partisanen der Revolution* positionieren. Obgleich sich zunächst im Hinblick auf die militärische Strategie und Taktik sowie die Wesensmerkmale *Irregularität* und *gesteigerte Mobilität* keine Unterschiede zwischen beiden Partisantypen finden lassen, scheint doch ihrem jeweiligen politischen Charakter ein zentrales Differenzierungskriterium zu entspringen: Während die *Partisanen der Tradition* für das 'alte Recht' einstehen und daher auch in politischer Hinsicht defensiv im Sinne einer konservativen Gesinnung handeln, kämpft der Revolutionär für eine 'bessere Zukunft' unter Berufung auf ein festgeschriebenes politisches Programm, worin sich eine offensive und modernisierende politische Einstellung äußert.<sup>129</sup>

Im Fall Guatemalas lässt sich die politische Motivation der *Partisanen der Revolution* an einem im Jahr 1988 veröffentlichten Pamphlet der Guerillaorganisation ORPA verdeutlichen, indem erklärt wird, dass der Partisanenkampf einem wahrhaften gesellschaftlichen Wandel verpflichtet sei – „(...) einer neuen Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Frieden und die Chancengleichheit aller regieren.“<sup>130</sup>

Wenn in dieser idealtypischen Gegenüberstellung gezeigt werden kann, dass sich die *Partisanen der Tradition* nicht durch ein *intensiv politisches Engagement* auszeichnen, wie dies bei den *Partisanen der Revolution* der Fall ist, so besitzen letztere als Motivationsgrundlage des bewaffneten Kampfes keinen *tellurischen Charakter*.<sup>131</sup> Dies wird in Guatemala besonders im Kontext derjenigen Guerillaorganisationen deutlich, die im Wirkungsfeld marxistischer, aber auch freiheitstheologischer Forderungen operierten: Wenn es den Revolutionären zwar stets vorrangig um die Zukunft Guatemalas ging, kam in ihren politischen Dis-

127 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 118 ff., 123.

128 Vgl. ebd., S. 128.

129 Vgl. ebd., S. 131.

130 *Organización del Pueblo en Armas* (ORPA) 1988, zitiert nach CEH, Bd. 2, 1999, S. 261.

131 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 131.

kursen doch immer auch eine universelle Auffassung zum Ausdruck, die sich beispielsweise im Gedanken der Befreiung unterdrückter Völker widerspiegelte. Dies zeigt sich etwa in einer fünf Punkte beinhaltenden Zukunftsagenda der *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG), die sich im Jahr 1982 im Zuge des Zusammenschlusses der vier größten revolutionären Gruppierungen des Landes formierte. Dort heißt es in Bezug auf diejenigen Inhalte, die durch die revolutionäre Veränderung erreicht werden sollen:

„Erstens, dass die Revolution die Repression gegen die Bevölkerung für immer beendet und den Bürgern Leben und Frieden garantiert, [die] allerhöchste[n] Rechte des menschlichen Wesens. Zweitens, dass die Revolution eine Basis für die [Befriedigung] der Grundbedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung schafft, wobei die ökonomische und politische Vorherrschaft der großen, reichen, repressiven In- und Ausländer, die Guatemala regieren, beendet wird. Drittens, dass die Revolution die Gleichheit zwischen Indigenen und Ladinos garantiert, indem sie die kulturelle Unterdrückung und die Diskriminierung beendet. Viertens, dass die Revolution die Schaffung einer neuen Gesellschaft garantiert, in deren Regierung alle patriotischen, volksnahen und demokratischen Sektoren vertreten sind. Fünftens, dass die Revolution eine Nicht-Anpassungspolitik sowie eine internationale Zusammenarbeit garantiert, die auf die armen Länder angewiesen ist, um sich auf der Basis der Selbstbestimmung der Völker in der heutigen Welt zu entwickeln.“<sup>132</sup>

Noch stärker tritt der übergreifende Gedanke einer Befreiung der Völker der 'Dritten Welt' bei Che Guevara in Erscheinung, wenn er den Partisanenkampf in Guatemala als Bestandteil einer globalen Strategie sieht, wobei die lokale Bedeutung im Sinne eines *tellurischen Charakters* der Aufstandsbewegungen hinter die internationale Tragweite des Kampfes zurück tritt:

„Und es muß sich ein wahrhafter proletarischer Internationalismus entwickeln; mit internationalen proletarischen Armeen, wobei das Banner, unter dem gekämpft wird, die geheiligte Sache der Erlösung der Menschheit ist, derart, daß zu fallen unter den Fahnen Viet Nams, Venezuelas, Guatemalas, Laos', Guineas, Kolumbiens, Boliviens, Brasiliens – um nur die derzeitigen Schauplätze des bewaffneten Kampfes zu nennen – gleich ehrenvoll und erstrebenswert sein wird für einen Amerikaner, einen Asiaten, einen Afrikaner und sogar für einen Europäer.“<sup>133</sup>

Dabei scheint gerade der Revolutionär, wie es Mario Payeras deutlich gemacht hat, den autochthonen Kämpfer als „Werkstoff“ zur Durchsetzung der eigenen politischen Idee zu begreifen, wobei der *tellurische Charakter* in ein in-

132 Zitiert nach CEH, Bd. 2, 1999, S. 237 f.

133 Guevara 1967: *Botschaft an die Völker der Welt*, S. 20.

*tensives politisches Engagement* transformiert werden soll. Carl Schmitt stellt in dieser Hinsicht resigniert fest:

„Die autochthonen Verteidiger des heimatlichen Bodens, die *pro aris et focis* starben, die nationalen und patriotischen Helden, die in den Wald gingen, alles, was gegenüber der fremden Invasion die Reaktion einer elementaren, tellurischen Kraft war, ist inzwischen unter eine internationale und übernationale Zentralsteuerung geraten, die hilft und unterstützt, aber nur im Interesse eigener, ganz anders gearteter, weltaggressiver Ziele, und je nachdem schützt oder im Stich läßt. Der Partisan hört dann auf, wesentlich defensiv zu sein. Er wird zu einem manipulierten Werkzeug weltrevolutionärer Aggressivität. Er wird einfach verheizt und um alles das betrogen, wofür er den Kampf aufnahm und worin der tellurische Charakter, die Legitimität seiner partisanischen Irregularität, verwurzelt war.“<sup>134</sup>

Letztlich verweist die hier angesprochene Instrumentalisierung des *Partisanen der Tradition* auf ein Dilemma, das im Kampf gegen einen modernen Militärapparat zum Vorschein kommt: Denn unabhängig davon, ob die traditionsvertheidigenden Kämpfer aus der militärischen Auseinandersetzung siegreich hervorgehen oder nicht, verlieren sie aufgrund des Feindkontaktes unweigerlich das wofür sie einst den Kampf aufgenommen haben: ihre autochthone Identität.<sup>135</sup> Dabei kommt vor allem der Steigerung der Mobilität eine zentrale Bedeutung zu, denn durch sie laufen die Partisanen der Tradition Gefahr, sich zu entorten und insoweit im Verlauf des Krieges zu transformieren, wie sie ihren Bezug zur autochthonen Lebenswelt verlieren.<sup>136</sup> Doch Schmitt sah nicht nur in der selbst verursachten Entortung, wie sie im Zuge der Anpassung an die Akzelerierung des Kriegsgeschehens durch den Faktor der Motorisierung herbeigeführt wird, eine Ursache für den Verlust des *tellurischen Charakters*. Ebenso führt er den Einsatz technisch hochentwickelter Waffensysteme durch reguläre Streitkräfte an, mittels derer die großflächigen Vernichtungsfeldzüge erst möglich gemacht werden, wobei die soziale Raumstruktur derart verändert wird, dass sie ihre Geltung als Quelle partisanischer Erdbezogenheit gänzlich verliert.<sup>137</sup>

In Guatemala schlägt sich die Zerstörung des autochthonen Lebensraumes besonders wirkmächtig in der treffend bezeichneten 'Politik der verbrannten Erde' nieder. Vor allem im Kontext der Militärregime Lucas García (1978–1982) und Ríos Montt (1982–1983) wurde die Kollision zwischen *Tradition* und *Mo-*

134 Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 77. (Hervorhebung im Original)

135 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 140.

136 Vgl. Schmitt 2006: *Theorie des Partisanen*, S. 27.

137 Vgl. Llanque 1990: „Ein Träger des Politischen nach dem Ende der Staatlichkeit“, S. 76 f.

derne – was Ernst Bloch (1935) einst als *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen*<sup>138</sup> beschrieben hat – auf drastische Art und Weise deutlich, als Kampfflugzeuge und Helikopter strategische Bombenangriffe auf indigene Dorfgemeinschaften flogen oder Bodentruppen der Eliteeinheit *Kaibil* dazu übergingen, die unbewaffnete Zivilbevölkerung zu massakrieren.<sup>139</sup> Dabei zeigt sich, dass die Strategie der Aufstandsbekämpfung, wie sie durch den regulären Militärapparat, polizeiliche und geheimdienstliche Elemente sowie paramilitärische Einheiten durchgeführt wurde, darauf ausgerichtet war, den autochthonen Kontext in seinem Kern zu zerstören, um den staatlichen Modernisierungsbestrebungen in den ländlichen Gegenden Geltung zu verschaffen.

Die indigene Bevölkerung wurde in dieser Hinsicht nicht nur deshalb von der Militärregierung zum kollektiven inneren Feind erklärt, weil sie generell als Unterstützungsmasse der Guerilla verstanden wurde, sondern auch, weil sie aufgrund ihrer Forderung nach der Bewahrung autochthoner Autonomie als Modernisierungshindernis aufgefasst wurde. Die Zerstörung der Gemeinden und die Umsiedlung der örtlichen Bevölkerung in sogenannte *Modelldörfer*, die als militärische Arbeitslager zu verstehen sind und im Rahmen ländlicher Modernisierungsmaßnahmen etabliert wurden, zeitigten das Verschwinden traditionell sakraler Orte und damit eine sukzessive Transformation indigener Gebräuche. So bewirkte die gezielte ethnisch-linguistische Durchmischung, wie sie in den Modelldörfern unter strategischen Gesichtspunkten der Aufstandsbekämpfung

138 Der Ausdruck Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen bezieht sich auf die Widersprüchlichkeit sozialer und politischer Geltungsbereiche, wie sie in Modernisierungsprozessen hervortritt. „Haus, Boden, Volk sind solche objektiv aufgehobene Widersprüche des Überkommenen zum kapitalistischen Jetzt, worin sie wachsend zerstört und nicht ersetzt worden sind. Sie sind Widersprüche des Überkommenen zum kapitalistischen Jetzt und Elemente alter Gesellschaft, welche noch nicht gestorben sind (...)“ (Bloch 1962: *Erbschaft dieser Zeit*, S. 117). Obwohl das gleichzeitige Auftreten von Tradition und Moderne ein adäquates Konzept darstellt, um soziale und politische Strukturen in Gesellschaften der sogenannten 'Dritten Welt' zu beschreiben, verweist es doch auch auf eine ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Moderne und somit auf strukturelle Unterschiede hinsichtlich der durch den Kapitalismus induzierten Prozesse insgesamt. Da das parallele Auftreten ungleichzeitiger Geltungslogiken politische Realitäten prägen, wirken sie auch auf die Konstituierung staatlicher Herrschaft zurück. Wenn dies aufgrund säkularer Rationalisierungsprozesse für westliche Gesellschaft nur noch rudimentär zuzutreffen scheint, ist doch das Traditionelle in außerwestlichen Kontexten oftmals vorherrschend geblieben. So zeigt sich beispielsweise in Lateinamerika, dass dort weiterhin charismatische und traditionelle Elemente als Quelle der Herrschaftslegitimation fungieren. Dabei kann das gleichzeitige Auftreten unterschiedlicher Temporalitäten gesellschaftliche Konflikte freisetzen, wenn die tradierte Ordnung durch das Eindringen moderner kapitalistischer Wertvorstellungen infrage gestellt wird (vgl. Schlichte 2005: *Der Staat in der Weltgesellschaft*, S. 45 f.).

139 Siehe dazu ausführlich Kap. 1.3 in diesem Teil der Arbeit.

Durchsetzung fand, dass lokale Sprachen nicht mehr gesprochen werden konnten und Spanisch zur dominierenden Sprache wurde. Zudem verloren die Autochthonen den Bezug zu lokalen religiösen Ritualen, die auf einer polytheistischen Kosmovision basierten und historisch eng mit der geographischen Lage des Heimatbodens verbunden waren. In diesem Zusammenhang kann beispielsweise beobachtet werden, dass sich die traditionellen Zeremonien der ethnischen Großgruppe der *Maya* im Kontext der Aufstandsbekämpfung veränderten oder gänzlich verschwanden.<sup>140</sup>

In der Folge der Destruktion des traditionsgeprägten Kontextes entsteht ein „lebensweltliches Vakuum“<sup>141</sup>, das, wie sich in Guatemala eindrücklich zeigt, durch nationalistische oder sozialrevolutionäre Strömungen genutzt wird, indem sie die um ihre historische Identität beraubten Indigenen mit der eigenen ideologischen Vorstellung politisieren, um sie entweder in einer imaginären nationalen Einheit oder im Schmelztiegel der Revolution zu absorbieren. Dabei wird die *telurisch* geprägte indigene Autonomie – ähnlich wie zur Zeit der spanischen Kolonialherrschaft – durch ein fremdes, außerhalb des autochthonen Geltungsbereich liegendes politisches Konzept verdrängt, wobei gleichzeitig eine neue legitimatorische Grundlage zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes geschaffen wird.<sup>142</sup>

Insgesamt zeigt sich an der Darstellung traditionsverteidigender und revolutionärer Partisanen, dass der innere Feind, wie er durch das reguläre Militär aufgefasst wurde, kein einheitlich motivierter Gegenspieler war, sondern sich durch unterschiedliche Motivationen auszeichnete. Während die einen durch eine militärische Offensive versuchten, eine tiefgreifend politische Veränderung herbeizuführen, ging es den anderen darum, die eigene Lebensgrundlage gewaltsam zu verteidigen. Vor den fließenden Übergängen zwischen politischer und apolitischer Kampfdisposition, wie sie sich vor allem in der Möglichkeit der Transformation einer vormals traditionsverteidigenden Auffassung der Kämpfer in ein intensiv politisches Bewusstsein im Sinne revolutionärer Bestrebungen manifestiert, verschwimmt nicht nur die Gestalt des Partisanen, die sich hier für einen kurzen Augenblick zu offenbaren schien, sondern auch die Definition des Feindes, wie ihn das Militärregime ursprünglich vor Augen hatte: Wenngleich der innere Feind in

---

140 Vgl. Brett 2007: *Una guerra sin batallas*, S. 238 f.

141 Vgl. Münkler 1992: *Gewalt und Ordnung*, S. 140.

142 Vgl. ebd., S. 140.



Guatemala vordergründig der revolutionäre Partisan war, versuchten die Regime doch stets die selbst vorgenommene Eingrenzung aufzulösen, um sie sukzessiv auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext auszuweiten,<sup>143</sup> wobei letztlich die politische Reichweite der Feindschaftskonzeption überschritten und das Feld der *absoluten Feindschaft* betreten wurde.

Wendet man den Blick auf die Nachkriegsordnung in Guatemala, dann stellt sich vor dem Hintergrund dieser Betrachtungen schließlich die Frage nach dem Verbleib jener Kämpfer, die entweder für eine revolutionäre Erneuerung einstanden oder ihre traditionelle Lebenswelt unter Waffengewalt verteidigten. Erstaunlich ist in Bezug auf diese Fragestellung, dass dazu bislang kaum Daten erhoben wurden. Die nachfolgenden Schlussfolgerungen basieren daher auf den Erkenntnissen aus persönlichen Gesprächen mit ehemaligen Angehörigen der Guerilla, die der Autor im Rahmen eines Feldaufenthaltes geführt hat.

Zunächst lässt sich beobachten, dass sich gegen Ende des Bürgerkrieges alle Guerillaorganisationen zu einem militärisch-politischen Bündnis zusammenschlossen – der oben erwähnten URNG. Durch diese Zusammenführung der revolutionär motivierten Kampfkontingente sollte eine gemeinsame militärische Offensive gegen das guatemaltekeische Militär bewerkstelligt werden. Wenngleich dieser Versuch letztlich scheiterte und die Revolutionäre als Verlierer aus dem Krieg hervorgingen, bestand eine zentrale Voraussetzung für den Abschluss der formellen Friedensabkommen im Jahr 1996 darin, dass jene irregulären Kampfverbände eine vollständige Demobilisierung und Entwaffnung vollzogen. Ein Zugeständnis wurde den revolutionären Kämpfern von Seiten der Regierung insofern gemacht, als es der URNG gestattet wurde, die Bühne der Nachkriegsordnung als politische Partei zu betreten.

Gegenwärtig bekleiden einige ehemals hochrangige Guerillakommandanten führende Positionen in zivilgesellschaftlichen Organisationen, die – oftmals ausgestattet mit internationalen Hilfsgeldern – daran arbeiten, die durch das guatemaltekeische Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während der Bürgerkriegszeit aufzuarbeiten. Insofern lässt sich bezüglich der vormals revolutionären Guerilla eine Verlagerung des politischen Kampfes erkennen: An die Stelle der militärischen Gewaltbereitschaft ist in der Nachkriegszeit eine legitime oppositionelle Haltung getreten, die ihre Anliegen überwiegend gewaltfrei im Rah-

---

143 Vgl. Torres-Rivas 2011: *Revoluciones sin cambios revolucionarios*, S. 221 f.

men politischer Debatten auf parteipolitischer Ebene oder über Nichtregierungsorganisationen artikuliert.

Anders stellt sich die Situation der traditionsverteidigenden indigenen Partisanen dar: Obwohl auch diese ehemaligen Kämpfer in der Folge der Friedensabkommen weitestgehend demobilisiert und entwaffnet wurden, traten sie im Gegensatz zur revolutionären Guerilla im Rahmen der Friedensgespräche nicht als offizielle Verhandlungs- beziehungsweise Vertragspartner in Erscheinung. Während sich die meisten indigenen Kämpfer im Verlauf des Bürgerkrieges in revolutionärer Hinsicht politisierten, entfernten sie sich zunehmend von ihren Ursprungsforderungen nach indigener Autonomie und Selbstbestimmung. Wenn viele dieser hier als *tellurisch* charakterisierten Kämpfer nach Ende des Krieges in ihre Heimatdörfer zurückkehrten, um sich eine landwirtschaftliche Existenzgrundlage aufzubauen, sind gerade in ihnen die eigentlichen Verlierer des Bürgerkrieges auszumachen. So fanden sie nach ihrer Rückkehr in die ländlichen Regionen zumeist die großflächige Verwüstung des Krieges vor, der vor allem zurückgebliebene Familienmitglieder zum Opfer gefallen waren. Indigene Ländereien wurden oftmals bereits während des Krieges durch Mitglieder der Streitkräfte oder durch lokale paramilitärische Einheiten enteignet und später an Drogenkartelle weiterveräußert, was den demobilisierten Guerillakämpfern unter friedensökonomischen Bedingungen eine Zukunft massiv erschwerte.

Während sich viele dieser ehemaligen Kombattanten in der Nachkriegszeit politisch motivierten Bauernorganisationen anschlossen, die das ursprünglich revolutionäre Programm mit der indigenen Forderung nach Land und autochthoner Identität verbanden, ist doch ebenso zu beobachten, wie der vormalig traditionsverhaftete Charakter dieser Kämpfer zunehmend einer ökonomischen Zweckrationalität gewichen ist.

Besonders der Einzug der Drogenkartelle in die indigenen Regionen hat neue Erwerbsmöglichkeiten im Kontext transnationaler Gewaltökonomien generiert, die den ehemaligen Kombattanten zuweilen eine lukrativere Existenzgrundlage in Aussicht gestellt haben dürfte als die herkömmliche Agrarwirtschaft. Bereits die Tatsache, dass 55% des nationalen Territoriums im Besitz krimineller Syndikate ist,<sup>144</sup> zeigt den Einfluss, den diese Gruppierungen vor allem auf die ländlichen Gebiete ausüben. Obwohl keine statistischen Informationen darüber vorliegen, inwieweit ehemalige Kombattanten der guatemalteckischen Guerilla in

---

144 Vgl. Kruijt 2011: *Drogas, democracia y seguridad*, S. 31.

den Drogenhandel involviert sind, ist doch anzunehmen, dass gerade die ökonomische Perspektivlosigkeit eine Vielzahl jener bäuerlichen Ex-Kombattanten dazu veranlasst hat, ihre Gewaltexpertise den Kartellen feil zu bieten.

Auch wenn die Ergebnisse aufgrund der mangelhaften Datenlage nur sehr vage formuliert werden können, bleibt doch festzuhalten, dass sich die ehemaligen Traditionsverteidiger in der Nachkriegszeit von ihren ursprünglichen Forderungen weitestgehend entfernt zu haben scheinen. Während sich einige von ihnen in einem hoch politisierten Umfeld zivilgesellschaftlicher Organisationen als Verfechter einer revolutionären Weltanschauung wiederfinden, haben sich andere offenbar der bewaffneten Entourage organisierter Verbrechersyndikate angeschlossen. In beiden Fällen wird deutlich, dass die während des Bürgerkrieges bewerkstelligte Destruktion der traditionsgeprägten Lebenswelt die historische Identität der indigenen Kämpfer nachhaltig transformiert hat. Am deutlichsten wird dieser Aspekt im zunehmenden Verlust der Bindung zum Heimatboden – des *tellurischen Charakters*.

## 1.4 Zwischenbilanz

In diesem Kapitel konnte aufgezeigt werden, dass die spezifischen Auffassungen des Krieges – *instrumentell* versus *existenziell* – unterschiedliche Feindschaftskonzeptionen konstituieren. Auf der Grundlage des Entwurfs einer Feindschaftstypologie, die in Anlehnung an die Überlegungen Carl Schmitts herausgearbeitet wurde, ließ sich die politische Tragweite von Feindschaft in den Blick nehmen. Wenn in diesem Kontext einer *instrumentellen Auffassung* eine *relative* und *begrenzte Feindschaft* zugeordnet werden konnte, so wurde in Bezug auf eine *existenzielle Auffassung* des Krieges die doppelte Möglichkeit einer *wirklichen* sowie einer *absoluten Feindschaft* erörtert. Durch die dargestellte Typologie konnten nicht nur unterschiedliche Formen, sondern auch variierende Intensitätsgrade von Feindschaft in Bezug auf ihre politische Reichweite reflektiert werden. Insgesamt wurde auf dieser Grundlage eine Schärfung und Systematisierung der Begrifflichkeiten erreicht, wie sie Carl Schmitt verwendet hat. Während die *relative Feindschaft* am unteren Ende einer Intensitätsskala zu verorten ist, da sie einen begrenzten Charakter besitzt, der auf die politische Zweckrationalität einer instrumentellen Feindbestimmung innerhalb eines staatlichen Ordnungsgefüges

zurückzuführen ist, steht die *wirkliche Feindschaft* auf einer höheren Intensitätsstufe, da sie sich insofern als politisch *entgrenzt* darstellt, als sie, aufgrund der ihr zugrundeliegenden *existenziellen Auffassung* des Krieges, losgelöst von einer bestehenden politischen Ordnung in Erscheinung tritt. Indes manifestiert sich der höchste Intensitätsgrad in der *absoluten Feindschaft*, wobei der Feind seinen Status als politischer Gegner verliert: Unter dem Rückgriff auf moralische, ethnische oder religiöse Diskurse wird ein Prozess der Entmenschlichung des Feindes vollzogen, was letztlich seine physische Vernichtung rechtfertigen soll.

An der Konfliktkonstellation Guatemalas wurde gezeigt, dass die existenzielle Bedeutung, wie sie der *wirklichen* und *absoluten Feindschaft* innewohnt, besonders dort in Erscheinung tritt, wo die staatliche Feinderklärung nicht gegen einen äußeren Feind, sondern im *Inneren* gegen den Staatsbürger selbst vorgenommen wird, der sich als Partisan im politischen Feld verortet und sich zugleich bewusst außerhalb des rechtlichen Geltungsbereiches stellt. Die Notwendigkeit einer innerstaatlichen Feinderklärung verweist dabei insofern auf einen prinzipiellen Ordnungsverlust, als der Staat seine Funktion als Garant der inneren Sicherheit nicht mehr zu erfüllen vermag: In der Folge steigern sich die innergesellschaftlichen Widersprüchlichkeiten in dem Maße, dass das Moment einer *wirklichen Feindschaft* als Primat der Innenpolitik in den Vordergrund tritt und somit der Bürgerkrieg möglich wird.

Am Beispiel Guatemalas konnte veranschaulicht werden, wie im Kontext von Partisanenkämpfen die Feindschaft eine gesamtgesellschaftliche Tragweite erlangt, indem die zivile Sphäre zum operativen Mittelpunkt des Kriegsgeschehens wird. Darin äußert sich vor allem die Strategie irregulärer Kampfverbände, die generell vor der Herausforderung stehen, ihre militärische Unterlegenheit in eine strategische Stärke zu verwandeln, wobei ihr militärischer Erfolg davon abhängig ist, ob es gelingt, die Zivilbevölkerung als Ressource der Kriegführung zu gewinnen. Wenn der Kampf in die Tiefe des sozialen Raumes verlagert wird, avanciert die zivile Sphäre letztlich zu dem Bereich, in dem über Sieg und Niederlage der militärischen Auseinandersetzung entschieden wird. In dieser Hinsicht zeigt sich, dass reguläre Streitkräfte darauf angewiesen sind, unkonventionelle Methoden der Kriegführung zu etablieren, um dem Feind in die zivile Sphäre folgen zu können. Damit wird die Freund-Feind-Unterscheidung in das Innere der Gesellschaft getragen, wobei die unbewaffnete Bevölkerung aufgrund ihrer vermuteten Nähe zu den Partisanengruppen durch das reguläre Militär glei-

chermaßen als Feind begriffen und zum Ziel systematischer Gewaltanwendung erklärt wird.

Insgesamt konnte bei der theoretischen Abhandlung des Partisanen als innerem Feind festgestellt werden, dass eine genaue definitorische Abgrenzung dieses irregulären Kämpfers aufgrund seiner chamäleonartigen Gestalt, unmöglich ist. Wenn daher versucht wurde, eine deskriptive Einkreisung des Phänomens zu leisten, so hat sich dabei gezeigt, dass insgesamt nicht von einem einheitlichen Kämpfertypus ausgegangen werden kann. Vor diesem Hintergrund wurde eine idealtypische Differenzierung zwischen *Partisanen der Revolution* und *Partisanen der Tradition* in die Diskussion eingeführt. Während für erstere konstatiert wurde, dass sie sich durch einen offensiven politischen Charakter im Sinne einer revolutionären Einstellung auszeichnen, so wurde bei letzteren festgestellt, dass sie im Gegensatz dazu durch eine traditionsverteidigende Disposition gekennzeichnet sind, die in ihrem Bezug zur autochthonen Lebenswelt verankert ist. Unabhängig davon, ob der Partisan militärisch siegreich ist oder verliert, äußert sich das Dilemma des *Partisanen der Tradition* darin, dass er seine Erdbezogenheit im Verlauf des Krieges gegen einen modernen Militärapparat verliert und in ein identitätspolitisches Vakuum gezogen wird. Am Fall Guatemalas lässt sich in dieser Hinsicht nicht nur erkennen, dass die politische Reichweite der Feindschaft maßgeblich durch die unterschiedlichen Motivationen der kriegführenden Subjekte bestimmt wird, sondern dass sie generell im Spannungsfeld zwischen der Forderung nach autochthoner Selbstbestimmung und gesamtgesellschaftlicher Modernisierung steht.

Das Konzept des inneren Feindes in Guatemala  
Aufstandsbekämpfung, Menschenrechtsverletzungen  
und Sicherheitspolitik im Zeitalter der neuen Kriege  
Epe, M.

2018, XI, 378 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-20006-0